

Bonn, Dienstag 8. September 1970

*Sprecher: [Adorno], Barzel, [Blüm], [Dregger], [Echternach], Göb, [Hahn], von Hassel, Heck, Katzer, Kiesinger, Kraska, Lorenz, [Scheufelen], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, von Weizsäcker, [Wex], [Windelen].*

*Parteitag Hamburg. Politische Lage. Vorbereitung einer Sitzung des Bundesausschusses. Vorbereitung der Landtagswahlen Hessen. Verschiedenes.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 18.00 Uhr*

#### PARTEITAG HAMBURG

*Heck:* Ich glaube, es ist zur Klärung und Aufklärung wichtig, daß ich über die Entstehung der Diskussion über die Verschiebung des Hamburger Parteitages einiges sage.

Ich habe einem der Bonner Pressedienste, die ja bekanntlich das Gras wachsen hören, die Meldung entnommen, daß in der Partei sich die Stimmung mehre, die Kreis- und Ortsverbände hätten viel zu wenig Zeit gehabt, diese Fortschreibung des Berliner Programms, also den Vorschlag der Programmkommission, ausreichend zu beraten und zu diskutieren. Aufgrund dieser Meldung haben die Anrufe bei dem Sprecher der Partei, bei Herrn Weiskirch, nicht abgerissen, was eigentlich hier im Gange sei. Herr Weiskirch hat dann mitgeteilt, daß in der Tat bei der Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Briefen eingegangen sei, die zum Ausdruck bringen, daß die Zeit nicht ausreichend gewesen sei. Er wurde dann gefragt, ob es nicht zweckmäßig sei, daß der Parteitag verschoben würde. Darauf hat Herr Weiskirch richtig geantwortet, daß ließe sich jetzt nicht sagen, das hänge davon ab, wie die Meinung der Partei insgesamt sich entwickle, und dann müsse die Entscheidung darüber ja von den zuständigen Gremien gefällt werden. Das scheint mir wichtig zu sein, daß ich das vorweg erkläre, weil offenbar der Eindruck entstanden ist, als ob von der Bundesgeschäftsstelle aus die Nachricht lanciert worden sei, um zu einer Verschiebung des Parteitages zu kommen. Die Bundesgeschäftsstelle hat daran jedoch keinerlei Interesse. Was sie zu tun hat zur Vorbereitung des Parteitages, das ist für den für Ende November 1970 vorgesehenen Parteitag von uns aus ohne weiteres möglich.

Es haben dann diese Stimmen aus den Kreisverbänden auch die Landesverbände erreicht. Drei Landesverbände haben Beschlüsse gefaßt: Rheinland-Pfalz, die Saar und Niedersachsen.<sup>1</sup> Bei Rheinland-Pfalz und der Saar laufen sie darauf hinaus, daß

<sup>1</sup> Unterlagen in ACDP 07-001-22073.

der Programmparteitag verschoben werden soll; bei Niedersachsen, daß der Parteitag zwar nicht verschoben werden soll, daß aber auf diesem Parteitag auf alle Fälle das Programm nicht behandelt werden soll. Es sind dann von 24 Kreisverbänden entsprechende Anträge eingegangen, von der Jungen Union Rheinland, von der Jungen Union Hannover – der Deutschlandtag der Jungen Union hat inzwischen wieder anders votiert –, dann von der Frauenvereinigung Frankfurt, vom Mittelstandskreis Westfalen und dann noch eine Reihe von einzelnen Briefen.<sup>2</sup> Es ist gar keine Frage, daß die Zeit zur Beratung des Programms in den Kreis- und Ortsverbänden zu kurz war, zumal der Beratungszeitraum die Ferienzeit miteingeschlossen hat. Die ursprüngliche Disposition war so, daß der Programmentwurf Ende Mai in die Orts- und Kreisverbände gehen sollte. Dann wäre der Monat Juni, der noch kein Ferienmonat war, teilweise auch die erste Juli-Hälfte, zur Beratung zur Verfügung gewesen. Aber bei den Beratungen des Programmausschusses hat sich auch gezeigt, daß die Programmkommission offensichtlich nicht in der Lage war, in der vorgesehenen Zeit ihre Arbeit zu leisten, so daß der Entwurf erst Mitte Juli verabschiedet werden konnte und erst in der zweiten Hälfte Juli bei den Kreisverbänden zur Diskussion gekommen ist. Ich stelle fest, daß der größte Teil der Kreisverbände erst nach den Ferien mit der Arbeit begonnen hat, weil es während der Ferien unmöglich war, die Leute für diese Arbeit zusammenzubringen. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß natürlich in den Kreisverbänden die Erinnerung auch noch vorhanden ist, daß sie zur Vorbereitung des Berliner Programms ein ganzes Jahr Zeit hatten. Und ich glaube, daß diese sorgfältige Vorbereitung des Berliner Programms mit eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen hat, daß das Berliner Programm in Berlin in einer Art und Weise diskutiert und erarbeitet werden konnte, die uns in der Öffentlichkeit eine ganz ungewöhnliche Anerkennung eingetragen hat. Ich persönlich bin der Meinung, daß zu der Frage der Verschiebung des Parteitages einiges zu bedenken ist: Welches sind die Risiken, die man eingeht, wenn man den Parteitag – wie vorgesehen – abhält? Welches sind die Risiken, die man eingeht, wenn man den Parteitag verschiebt? Beides muß bedacht werden.

Die Risiken, wenn man den Parteitag – wie vorgesehen – abhält, sind die, daß wir eine Diskussion auf einem Parteitag bekommen, die nicht ausreichend vorbereitet ist und daß der Parteitag seinem Niveau nach beträchtlich abfällt im Vergleich zu dem vorausgegangenen Programmparteitag in Berlin, da speziell die vier oder fünf kontroversen Bereiche, die in dem Programm stehen, auf dem Parteitag in einer Weise diskutiert werden, daß sofort der Vorwurf kommt, hier ist etwas nicht ausreichend vorbereitet worden. Und die Vorwürfe gehen soweit, als ob wir, die Partei, auf diesem Parteitag etwas manipulieren wollten, weil man nicht ausreichend Zeit für die Beratung gibt. Ich persönlich teile nicht nur die Sorge, ich bin eigentlich gewiß, daß wir ein großes Risiko eingehen, wenn wir diesen breit in der Partei nicht ausreichend vorbereiteten Programmparteitag im November abhalten. Im Präsidium hat man diese Gefahr durchaus gesehen und auch anerkannt.<sup>3</sup>

---

2 Zusammenstellung der Eingaben in ACDP 07-001-22074.

3 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 8. September 1970 in ACDP 07-001-1403.

Es kommt nun die Frage, welche Risiken gehen wir denn ein, wenn wir den Parteitag verschieben? Fraglos muß man damit rechnen, daß dann die Presse anfängt, Gründe zu suchen, warum wird der Parteitag verschoben. Und hier bietet sich dann an, wie es üblich geworden ist, zu sagen, diese Partei steckt ja in schrecklichen Personalproblemen, und die Parteiführung und das Management befürchten, wenn jetzt ein Parteitag stattfindet, dann kommt die Personaldiskussion hoch, und weil sie die nicht haben wollen, wird der Parteitag verschoben. Das ist eine Überlegung, die man nicht als erfunden bezeichnen kann. Das ist in der Tat eine reale Gefahr.

Die zweite Gefahr, die mit einer Verschiebung des Parteitages verbunden ist, ist die, daß die Presse schreibt, diese Partei weiß ja überhaupt nicht mehr, was sie will – siehe Deutschland- und Ostpolitik, siehe Stellungnahmen zu dem deutsch-sowjetischen Vertrag, siehe die öffentlichen Auseinandersetzungen darüber, wie die Soziale Marktwirtschaft zu verstehen sei, siehe die öffentlichen Auseinandersetzungen darüber, wie die Mitbestimmung zu verstehen sei, siehe die Auseinandersetzungen darüber, wie die angeblich Progressiven gegen die angeblich Konservativen stehen, die einen sind die Grundsatztreuen und die anderen sind die, die nur Anpassungspolitik betreiben. Es ist gar keine Frage, daß man damit rechnen muß, daß solche Interpretationen in der Presse kommen. Das Präsidium hat diese Überlegungen alle erwogen und ist zum Schluß zu der Überzeugung gekommen, daß der Programmparteitag verschoben werden soll.

Und nun kommt die zweite Frage: Auf welchen Termin soll der Programmparteitag verschoben werden und welche Möglichkeiten gibt es, diese Unterstellungen abzufangen, mit denen man bei einer Verschiebung vermutlich rechnen muß? Für die Verschiebung ergaben sich zunächst zwei Möglichkeiten, denn wir müssen ja bei dem neuen Termin berücksichtigen, daß wir Landtagswahlen haben, und zwar im März die Landtagswahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz und im April in Schleswig-Holstein. Der Termin muß entweder zeitig vor diese Wahlen gelegt werden oder nach diesen Wahlen. Er kann nicht zwischen den Wahlen liegen. Es boten sich folgende Möglichkeiten an: entweder nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein oder zeitig vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Berlin. Das Präsidium war der Meinung, den Parteitag in der zweiten Januar-Hälfte abzuhalten. Ursprünglich war der Februar in Aussicht genommen, und zwar deswegen, weil wir nur Ende Februar den Parteitag auch in Hamburg abhalten können. In der zweiten Januar-Hälfte gibt es dort keine Möglichkeit, da müssen wir nach Düsseldorf gehen. Das Präsidium war der Meinung, daß, wenn die Verschiebung des Programmparteitages beschlossen werden sollte, gleichzeitig der Termin des regulären Parteitages, auf dem die Führungsspitze der Partei neugewählt werden muß, mitbeschlossen werden soll. Dafür wurde ein Termin im Oktober vorgesehen. Wir müssen hier noch, bevor wir den Termin genau festlegen können, feststellen, ob und an welchen Tagen wir die Hallen in Hamburg für den Parteitag bekommen können, weil wir der Meinung waren, wenn wir den Programmparteitag verschieben und von Hamburg wegnehmen, muß man gleichzeitig beschließen, daß der Wahlparteitag dann in Hamburg stattfindet.

Das waren die Überlegungen, die beim Präsidium in einer ausführlichen und von

vornherein durchaus nicht harmonischen Diskussion am Schluß dazu geführt haben, daß das Präsidium einstimmig den Vorschlag macht: den Parteitag zu verschieben, den Programmparteitag Ende Januar 1971 in Düsseldorf abzuhalten, gleichzeitig zu beschließen, daß der reguläre Parteitag 1971 im Oktober 1971 in Hamburg stattfindet und daß das gleichzeitig dann bekanntgegeben werden soll.

Die im Anschluß an eine Diskussion des Bundesvorstands durchgeführte Abstimmung ergab: Punkt 1 des Präsidiumsvorschlags wurde bei einer Gegenstimme (Herr Echternach) angenommen. Punkt 2 des Präsidiumsvorschlags wurde einstimmig angenommen; Termin: die Woche nach dem 25. Januar 1971 in Düsseldorf<sup>4</sup>. Punkt 3 des Präsidiumsvorschlags wurde einstimmig angenommen; Termin: Oktober 1971 in Hamburg (Anregung von Herrn von Hassel: möglichst in der sitzungsfreien Woche des Bundestags vom 4.–10. Oktober 1971).

*Generalsekretär Dr. Heck beschließt die Debatte mit folgendem Vorschlag:*

Wir sollten nicht so tun, als ob es sich bei dem Parteitag im Oktober 1971 lediglich um einen Parteitag handelt, um die Führung neu zu wählen. Man sollte hier, weil ja diese albernsten Verdächtigungen ausgesprochen werden, wir würden den Parteitag nur verschieben, damit man an einem weiteren Parteitag 1971 vorbeikäme, sagen: Im Oktober 1971 findet der reguläre Parteitag statt und auf dem wird alles erledigt.<sup>5</sup> Und dazu gehört auch die Neuwahl des Parteivorsitzenden.

*Kiesinger:* Besteht Einigkeit darüber, was Herr Dr. Heck zum Schluß gesagt hat: Es handelt sich im Oktober 1971 um einen regulären Parteitag, nicht um einen Personalparteitag? – Ich bitte, über diesen Vorschlag abzustimmen.

*Der Vorschlag von Dr. Heck wurde einstimmig beschlossen.*

## POLITISCHE LAGE

Dr. Kiesinger zeigt sich in seinen Ausführungen zur Deutschland- und Ostpolitik sowie zum Moskauer Vertrag besorgt darüber, daß innerhalb der Mitgliederschaft der CDU und der Wählerschaft der Eindruck entsteht, als könnte die CDU in der Frage des Moskauer Vertrages auf dem Rückzug sein. Aus diesem Grunde haben die Führungsgremien der Partei – Präsidium und Fraktionsvorstand – in der Sommerpause ihre Meinung festgelegt. Die letzte offizielle Äußerung ist die Resolution, die auf der letzten Sitzung des Parteipräsidiums gefaßt wurde<sup>6</sup> und den vorher gefaßten Beschluß des Parteipräsidiums und des Fraktionsvorstandes<sup>7</sup> bestätigte. Diese Resolution hat die entscheidendsten Bedenken gegen den Moskauer Vertrag konkretisiert.

---

4 18. Bundesparteitag vom 25.–27. Januar 1971.

5 19. Bundesparteitag vom 4.–5. Oktober 1971 in Saarbrücken.

6 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 9. August 1970 in ACDP 07–001–1403.

7 Protokolle des Fraktionsvorstands liegen für den Zeitraum nicht vor.

Der Beschluß hat zum Inhalt, daß die CDU sich ihr endgültiges Votum zum Moskauer Vertrag offenhält, bis ein Gesamtergebnis vorliegt und bis auch gewisse Ergebnisse aus Gesprächen, die wir der Regierung angeboten haben, vorliegen. Es gibt also kein von uns klar ausgesprochenes „Nein“ zu dem Vertrag, sondern es geht um eine Stellungnahme der CDU zu der gesamten Ost- und Deutschlandpolitik dieser Regierung und damit zu der gesamten Außenpolitik im Zusammenhang mit dem westlichen Bündnis und der europäischen Einigung. Hieraus darf jedoch nicht resultieren, daß unsere Anhänger den Eindruck gewinnen, daß die CDU hier eine Schwenkung vollzieht und ihre bisherigen Positionen verläßt. Wir müssen dafür sorgen, daß auch der einfache Mann versteht, um was es uns wirklich geht: nicht um einen Rückzug, weder jetzt um ein „Ja“, noch jetzt um ein „Nein“, sondern um einen Vorbehalt zu unserer endgültigen Stellungnahme. Dabei ist es notwendig, daß wir nicht verschweigen, was uns an dieser Politik nicht gefällt, sondern klar sagen, wo unsere entscheidenden Bedenken liegen. Es gilt nun ganz klar zu unterscheiden zwischen diesem Beschluß, daß wir uns unser endgültiges Votum vorbehalten, und der sachlichen Stellungnahme zu dieser Politik, und zwar zu der Außenpolitik dieser Regierung insgesamt.

*Dr. Barzel berichtet über seine Gespräche und seine Eindrücke in Paris, London und Washington.*<sup>8</sup>

*Barzel:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Bericht, den ich Ihnen schuldig bin, ist vor allen Dingen informativ und muß an die letzte Sitzung dieses Parteivorstandes vom 19. Juni anschließen und die Zwischenetappen schildern, nicht nur diese Reise, die ja nur ein Bestandteil meiner Gesamteindrücke ist. Da es um sehr wichtige Sachen geht, möchte ich, bevor ich am 19. Juni beginne, doch mir erlauben, einige analytische Vorbemerkungen zu machen, denn ich fürchte, daß, wenn man den Blick nicht weit und umfassend genug auf das Problem richtet, sich das Urteil allzu leicht verengt. Hierzu gehören zunächst einige Fakten: Der 17. Juni, der Bau der Mauer, Ungarn und die Tschechoslowakei beweisen, es gibt eine unausgesprochene, nicht verabredete, machtpolitisch bedingte Aufteilung Europas, Deutschlands und Berlins in Einflusssphären, d. h. daß die beiden Weltmächte entschlossen sind, auf der Basis dieser machtpolitischen Teilung, die sie entweder hinzunehmen bereit sind oder wenigstens nicht jetzt politisch in Frage zu stellen gewillt sind, versuchen, irgendeinen Modus vivendi im strategischen Bereich zu finden, der die Aufnahme dieser Gespräche impliziert. Und es gibt kein anderes Urteil irgendeines ernstzunehmenden Wissenschaftlers über diese drei Bereiche als natürlich die Fortdauer der machtpolitischen Polarisierung in Europa, in Deutschland und in Berlin. Es kommt hinzu, daß seit dem

---

<sup>8</sup> Barzel hielt sich am 31. August/1. September 1970 in Paris, am 2. September in London und vom 3. bis 5. September in Washington zu Gesprächen auf. Vgl. AdG 1971 S. 15995; Schreiben Barzels betr. geplanter Reise an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion vom 24. August 1970 in ACDP 01–226–316 sowie Rainer BARZEL: Auf dem Drahtseil. München/Zürich S. 111–114.

Bericht des Präsidenten Nixon<sup>9</sup> auch jedermann öffentlich weiß, daß die USA und die Sowjetunion in ihrer entscheidenden Verteidigungskraft gleichgezogen haben.

In dieser Lage ist unsere Ostpolitik – wenn ich sie richtig sehe – gekennzeichnet von fünf Punkten, die Reihenfolge spielt keine Rolle. Erstens: Die Politik der Nichtanerkennung als das Offenhalten der deutschen Frage, begleitet von einer – wenn wir ehrlich mit uns sind – weder zeitlich, noch sachlich absehbaren, noch je von uns konkret definierten Aussicht, die Wiedervereinigung je zu schaffen. Zweitens: Unsere Bereitschaft, im Wege des Quidproquo Fortschritte in Europa und in Deutschland zu erreichen, wobei wir wieder – wenn wir ehrlich sind – das Quid, nämlich unsere Forderungen, sehr deutlich definiert haben, während das Quo nur von wenigen mit der globalen Bemerkung der schmerzhaften Opfer umschrieben worden ist. Konkret ist da niemals jemand von uns geworden, weil wir das nicht für eine überaus kluge Politik hielten. Drittens: Der dritte Punkt war immer, zuerst das freie Berlin zu festigen. Viertens: Hierbei waren unsere Bemühungen, diesen Status quo, der weltpolitisch bedingt ist, in den möglichsten Bereichen bei Offenhalten der deutschen Frage qualitativ zu verbessern. Fünftens: Unsere Bemühungen um eine europäische Friedensordnung, die in ihren Anfängen auf Adenauer zurückgeht und in der Politik Kiesingers ihren Ausdruck fand.

Das, glaube ich, ist nach wie vor richtig. – Demgegenüber steht eine Politik der Bundesregierung, die – wenn ich sie ebenso knapp, deshalb natürlich grob skizziert, formulieren darf – von folgendem gekennzeichnet ist. Erstens, Akzeptieren der Sowjetunion als Hegemonialmacht des anderen Teils Europas. Zweitens, die Anerkennung in dem Maße zu vollziehen, in dem Entspannung eintritt. Drittens, alle Realitäten zu respektieren, um – so sagt die Regierung – bessere Entwicklungen zu fördern. Dies gilt nicht – nach Meinung der Regierung – für die Oder-Neiße-Linie. Viertens, die Bereitschaft, Vorleistungen zu erbringen, siehe zweiter deutscher Staat, siehe Reparationen, siehe deutsch-sowjetischer Vertrag, in der Erwartung, solche Vorleistungen würden Prozesse einleiten, die zu Gegenleistungen geradezu zwingen. Letztes Beispiel: Unterschrift unter den Vertrag in der Erwartung, dadurch eine befriedigende Berlin-Lösung zu erreichen.

Was ich und was wir alle gegen diese grob skizzierte Politik der Bundesregierung, die nicht mit ihren Wahlkampfaussagen übereinstimmt, zu sagen haben, haben wir alle laut und deutlich gesagt. Wie gefährlich dies ist, brauche ich nicht noch einmal darzutun. Ich denke, wir alle stehen zu unseren Prinzipien. Wir müssen trotzdem davon ausgehen, daß diese Politik gemacht wird von dieser Bundesregierung und daß diese Politik zur Stunde, obwohl man das noch nicht abgefragt hat, als mehrheitsfähig erscheint. Ich bitte, diese sehr vorsichtige Formulierung zu würdigen. Wir können diese Politik ganz sicherlich insgesamt nicht akzeptieren. Wir stehen aber vor der Wahl,

---

9 Bericht Nixons am 18. Februar 1970 vor dem Kongreß zur Außenpolitik der USA in den 70er Jahren. Hier hatte er sich auch über die geänderte strategische Balance geäußert. Text im Internet: [http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970\\_pdf\\_files/1970\\_0045d.pdf](http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1970_pdf_files/1970_0045d.pdf). Vgl. auch Nr. 7 Anm. 21.

in einer Totalkonfrontation uns dagegenzustellen oder den Versuch zu machen, auf sie einzuwirken, sie zu ändern oder sie zu beeinflussen. Es ist nicht verborgen geblieben, daß das letztere die Alternative ist, die den Beschlüssen, die wir gefaßt haben, zugrunde liegt, daß das Letztere mein Bemühen ist. Und wenn der eine oder andere im Parteivolk oder in der Bevölkerung das noch nicht so klar sieht, wie es ist, dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die gelehrten Marxisten das längst gemerkt haben. Nicht nur die „Prawda“, sondern auch das Organ des Außenministeriums, „...“<sup>10</sup>, haben geschrieben, die Ratifizierung sei gefährdet und dann über meine Reise berichtet. Ich glaube, Wehner hat gestern gesagt: „Dieser Barzel will ja nur der Bundesregierung die Politik und den Zeitplan aufzwingen.“ Also, gelehrte Marxisten gucken hier etwas schneller durch. Diese Politik, die in den einstimmigen Beschlüssen zum Ausdruck kommt, ist eine grundsätzliche Politik. In ihr gibt es ganz wenige taktische Züge, und sie versucht, als letzten Versuch aus einem schlechten Anfang vielleicht etwas Gutes zu bewirken. Dies war die Vorbemerkung, die ich glaubte, machen zu sollen.

In der letzten Sitzung des Bundesvorstands – und dies sage ich jetzt mit Blick auf den Kollegen Blüm – habe ich berichtet über den einstimmigen Beschluß der Bundestagsfraktion vom 26. Mai<sup>11</sup>, der dort seine Billigung gefunden hat. Ich komme nachher noch darauf zurück. Sie erinnern sich, daß ich während der Sitzung herausgerufen worden bin zu einem Gespräch mit Herrn von Kühlmann<sup>12</sup>. Über das Gespräch mit Herrn von Kühlmann, dem am Tage darauf ein Gespräch mit Herrn Scheel folgte, gibt es eine bis zur Stunde aus guten Gründen handschriftliche Notiz<sup>13</sup>, die lediglich den beiden Parteivorsitzenden, meinem Kollegen Stücklen, dem Generalsekretär und Herrn Rasner<sup>14</sup> zur Kenntnis gelangte. An diesem 20. Juni mit Scheel sprachen wir über das Gespräch mit Kühlmann. Weil das für die künftige Entwicklung vielleicht noch wichtig ist, möchte ich ganz wenige Sätze hier vorlesen: Herr Scheel wollte wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, einen Konsens in diesen Sachen der Ostpolitik zu finden bzw. den Dissens zu lokalisieren und mit wem darüber zu sprechen sei. Meine Antwort: Die Bundesregierung komme sehr, sehr spät zu solchen Überlegungen. Unsere Einlassungen zur Sache und zum Vertrag wären bekannt. Das Bahr-Papier sei unannehmbar.<sup>15</sup>

---

10 Auslassung in der Vorlage. – Der Titel der Zeitschrift lautet „Sa Rubeschom“, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. September 1970 „Moskau sieht neue Schwierigkeiten“.

11 Protokoll der Fraktionssitzung am 26. Mai 1970 mit einstimmig beschlossener Resolution zur Ost- und Deutschlandpolitik in ACDP 08–001–1022/1. Vgl. auch GRAU S. 81–84.

12 Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm (1916–1977), Land- und Forstwirt; 1960–1976 MdB (bis 1972 FDP, dann CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 43 Anm. 29.

13 Zu diesem handschriftlichen Vermerk Barzels vgl. GRAU S. 94 Anm. 204.

14 Will Rasner (1920–1971), Journalist; 1955–1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 37 Anm. 11.

15 Zum Bahr-Papier vom 22. Mai 1970 vgl. AAPD 1970 Dok. 221. In einem Telefonat mit Rasner am 26. Juni 1970 äußerte sich Scheel „besorgt und leise verwundert über die ‚Aktivität der Herren Marx und Baron von Guttenberg‘, die die von ihm angestrebte Verständigung mit der Opposition nicht leichter mache“ (Vermerk Rasners in ACDP 08–001–455/1). Vgl. auch die Ausarbeitung der Gruppe Außen- und Verteidigungspolitik der CDU-Bundes-

Die Gesprächspartner bestimmt die CDU/CSU selbst. Wenn die Bundesregierung oder er konkrete Punkte hätten, solle man sich an die Fraktion wenden. Wir seien jederzeit zu erreichen, auch während meiner Reise. Alles das aber habe nur einen Sinn, wenn es sich nicht durch die Beteiligung der Opposition um die Beerdigung eines Mißerfolges handele, für die sie keine Mitverantwortung trage, sondern um einen Neubeginn. Ich bat deshalb Scheel, wenn alles dies seriös und vom Kanzler gedeckt sei, sich nur dann an mich zu wenden, wenn er zuvor amtlich und verbindlich in Moskau sich vergewissert hätte, daß man dort bereit sei, wirklich neu zu verhandeln, also nicht nur über Arabesken zum Bahr-Papier zu sprechen.

Diesen Hintergrund muß jedermann kennen, wenn er die Einladung von Herrn Scheel vom 19. Juli, die er ja sofort veröffentlicht hat<sup>16</sup>, sieht, die nicht eine Einladung war, über die Sache zu sprechen, sondern eine Einladung, an den Verhandlungen sich als Beobachter zu beteiligen, und zwar ausdrücklich auf der Grundlage des Bahr-Papiers. Mithin lag die Fraktion völlig richtig, jede Beteiligung abzulehnen, denn sie entsprach nicht den Vorbedingungen, sondern war mehr eine Ausladung als eine Einladung.

Ich brauche nun über den Text des Vertrages nicht weiter zu sprechen. Den hat jeder studiert, und ich hoffe, es haben sich auch alle ausführlich genug Zeit genommen, die früheren Dokumente der Kommunisten zu studieren, um festzustellen, in welchem großen Umfange hier die alten Parteibeschlüsse und Warschauer Pakt-Beschlüsse verwirklicht sind. Ich darf hier sagen – und ich hoffe, alles was ich hier sage, bleibt vertraulich –, daß wir außer dem Text bisher zwei Interpretationen der Regierung haben, die – wie sie sagt – in einem gewissen Ratifikationsverfahren zitierfähig seien. Wir haben gesagt, wir lassen uns nicht solche konvoluten Sätze vorlesen, ohne die Konvolute ganz zu kennen. Ich komme darauf noch zu sprechen. Die beiden Interpretationen bedeuten einmal zum Problem 53 und 107 der UNO-Satzung<sup>17</sup>, also zur sogenannten Interventionsanmaßung, daß Herr Gromyko<sup>18</sup> weitergehende Erklärungen als die Westmächte abgegeben habe und daß auch die Sowjetunion glaube, niemals einseitig von diesen Rechten Gebrauch machen zu können und daß selbst, wenn mehrseitig, Gewalt dabei ausscheidet. Die zweite Interpretation betrifft die Grenzen. Alle Grenzen – Ost und West – seien natürlich im Einvernehmen der Partner veränderbar. Das sind die beiden Interpretationen, die bisher vorliegen.

---

geschäftsstelle vom 17. Juli 1970 zum Bahr-Papier (ACDP Dokumentation 0/071/01 UdSSR) sowie GRAU S. 92 und 119. Ein Vergleich des Bahr-Papiers mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag in „Die Welt“ vom 12. August 1970.

16 In der Vorlage: 19. Juni. – Zum Schreiben Walter Scheels und der ablehnenden Antwort Will Rasners vgl. MEISSNER S. 1247–1249.

17 Vgl. Nr. 5 Anm. 27.

18 Andrei Andrejewitsch Gromyko (1909–1989, eigentlich Andrei Burmakow), sowjetischer Politiker; 1939 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1946–1948 ständiger Vertreter der UdSSR im UN-Sicherheitsrat, 1952/53 Botschafter in London, 1957–1985 Außenminister, 1985–1988 Vorsitzender der Obersten Sowjet. Memoiren: Erinnerungen. Düsseldorf u. a. 1989. – Zum sog. Gromyko-Papier vgl. GRAU S. 106f. sowie die Broschüre „Gewaltverzicht“ in sowjetischer Sicht“ in ACDP 01–226–316.

Wir haben nun am 26. Mai Maßstäbe aufgestellt gehabt, die ich noch einmal in Erinnerung rufen möchte, denn wir müssen ja Kontinuität in unserer Politik einhalten: Erstens, eine Minderung bestehender Spannungen; zweitens, Verbesserung für die Menschen; drittens, keine völkerrechtliche Anerkennung, weil sie das Selbstbestimmungsrecht zerstören würde; viertens, Gewaltverzicht und Aufrechterhaltung der sowjetischen Gewaltvorbereitung schließen sich aus; fünftens, die Festlegung von Grenzen bleibt einem Friedensvertrag vorbehalten; sechstens, zuerst Berlin-Regelung.

Am 9. Juli wurden wir darüber informiert, und auf meinen eigenen Vorschlag gab es im Anschluß an diese Information, an der die beiden Parteivorsitzenden teilgenommen hatten, eine Sitzung der Führungsgremien, der Präsidien der CDU und der CSU, im Hause des Parteivorsitzenden der CDU.<sup>19</sup> Wir haben dann aufgrund dieser Maßstäbe, die wir hatten, uns zu einer Politik durchgerungen, die am nächsten Tag in der Sitzung des Fraktionsvorstands gebilligt wurde und in einem Brief an den Bundeskanzler seinen Ausdruck findet.<sup>20</sup>

Dieser Brief zielt zunächst ab darauf, daß er an dem einstimmigen Beschluß der Fraktion festhält. Das war zugleich das Argument, weshalb wir eine neue Fraktions-sitzung nicht brauchten. Er stellte dann an den Anfang die Probleme der westlichen Politik und betonte dann – ich zitiere noch einmal: „Der deutsch-sowjetische Vertragsentwurf erfüllt zwar einige der Erwartungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, läßt aber entscheidende Bedenken fortbestehen.“ Er formuliert dann einige Bedenken – ich will es nicht noch einmal vorlesen –, und in den Beschlüssen des Parteipräsidiums, von denen der Herr Vorsitzende gesprochen hat, sind einige dieser Bedenken weiterformuliert worden. Darum glaubten wir – und ich kann das ganz kurz machen nach der Eingangseinlassung des Herrn Parteivorsitzenden –, noch nicht ein abschließendes Urteil fällen zu sollen. Zu sollen, ich habe nicht gesagt zu können, einmal, weil wir uns durchgerungen hatten, nicht schuldig daran zu werden, daß diese Politik plötzlich hier sich durchsetzt im Bundestag, sondern zu versuchen, Einfluß zu gewinnen. Und ich hoffe, es hat niemand vergessen, wie sehr das Gefühl verbreitet war in unserer Partei und Fraktion, daß wir am 10. August ein bißchen in der Ecke standen.<sup>21</sup> Das zweite Argument war, daß wir uns weder aus dem Inland noch aus dem Ausland von seriösen Menschen sagen lassen wollten, wir hätten, da dies ganze ja eine Politik sei, wo nun noch Berlin und Gesamtdeutschland usw. dazu komme, uns durch das „Nein“ aus der Position des Druckausübens auf die Regierung weggenommen. Dies ist – glaube ich –

---

19 In der Vorlage: 9.6. – Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor. Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 10. Juli 1970 „Die CDU stellt Bedingungen“. Zum Gespräch Rasners mit Scheel am 8. Juli 1970 vgl. Vermerk Rasners vom 9. Juli für Barzel in ACDP 08–001–455/1 sowie dazu auch GRAU S. 99–108.

20 Vgl. GRAU S. 104 Anm. 239.

21 Nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums am 9. August 1970 (Protokoll in ACDP 07–001–1403) beschloß der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion am 10. August 1970, in einem Brief an Bundeskanzler Brandt die Haltung der Fraktion zum deutsch-sowjetischen Vertrag und die damit verbundenen Bedenken darzulegen. Vgl. ACDP 01–226–316; Druck: BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1148f.

eine Pflicht der Opposition. Wir haben ja einmal anspruchsvoll gesagt, wir wollten zeigen, daß wir auch Opposition staatspolitisch besser könnten als andere vor uns. Das dritte Argument war, daß wir international im Spiel zu bleiben wünschten, und Sie hatten ja Gelegenheit zu lesen, was die Konservative Partei<sup>22</sup> und andere erklärt hatten. Das vierte Argument war, daß, wer jetzt votiert, geradezu das „Ja“ provoziert. Wenn wir jetzt votiert hätten, hätte das eine Sondersitzung des Bundestages ausgelöst. Dies hätte zwar nicht die Ratifikation bewirkt, aber einen politischen Beschluß des „Ja“ der damals gegebenen Majorität in der Stimmung der Euphorie.

Und schließlich hatte ich mir erlaubt – und dies ist der erste taktische Hinweis in der ganzen Sache –, daß es, glaube ich, keinem von uns gelingen wird, mit aller Kunstfertigkeit, mit aller Überredungskunst, mit aller Sachkenntnis in der Frage der Oder-Neiße-Linie völlige Einmütigkeit zu erreichen. Und nur das Schnüren des Pakets auch durch uns ermöglicht es, daß diese Frage nicht vor den Landtagswahlen kommt. Wer jetzt votieren will endgültig zum deutsch-sowjetischen Vertrag, muß morgen zum Polen-Vertrag votieren.<sup>23</sup> Es ist nicht wahr, daß zur Stunde die Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen darin liegen, daß in der Sache Schwierigkeiten aufgetreten seien. Ich habe mir sagen lassen, daß die Vertagung des Termins damit zusammenhängt<sup>24</sup>, daß Herr Brandt versuchen will, über diese Sache mit uns zu sprechen, um sie vorwegzunehmen.

Was nun den Fraktionsvorsitzenden selbst betrifft, so hat er Wert darauf gelegt, sein eigenes Votum unabhängig von der Arbeitsgruppe, die bereits arbeitet, in einem persönlichen und zu meiner Freude auch vertraulich gebliebenen Brief, den ich einmal an die Fraktion geschickt habe und an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen<sup>25</sup>, unmißverständlich deutlich zu machen, daß keiner hier glauben kann, hier wackelt einer. Ich habe freilich an keiner Stelle national oder nationalistisch argumentiert oder von hinten her, sondern immer nur nach vorne wegen mangelnder Dinge in der europäischen Ordnung. Der Kernsatz lautet – ich will ihn hier vorlesen, alles andere ist nicht so wichtig: „Dieser Vertrag verfestigt eine Hegemonie, sucht Grenzen zu zementieren und ist konzipiert mit dem rückwärts gerichteten Blick auf Potsdam<sup>26</sup>, den verlorenen Krieg und den allein auf Macht gegründeten unnormalen Realitäten.“ Dies ist die Auffassung, die ich dazu habe.

Es kam dann jene Periode, die durch den Eindruck des Streits mit den USA entstanden ist, der – wie ich glaube – durch das, was wir hier heute gehört haben, aus-

---

22 dpa vom 21. Juli 1970 „The Times: Der Schatten der Bonner Opposition über Moskau“. Zur Einschätzung des britischen Außenministers Sir Alec Douglas-Home vgl. AAPD 1970 Nr. 315 und 316.

23 Zum Moskauer Vertrag vgl. Anm. 32, zum Warschauer Vertrag vgl. Nr. 12 Anm. 5.

24 Vom 23. bis 25. Juli 1970 fand in Warschau die 5. Runde der deutsch-polnischen Verhandlungen statt. Die Fortsetzung der Gespräche wurde vertagt, die 6. Gesprächsrunde fand vom 5. bis 7. Oktober 1970 in Bonn statt. Vgl. AdG 1970 S. 15616; AAPD 1970 Dok. 379.

25 Schreiben Barzels mit Anlage vom 24. August 1970 in ACDP 01–226–316, 08–006–050/1.

26 Vertrag zum Abschluß der vom 17. Juli bis 2. August in Potsdam stattfindenden Konferenz der Siegermächte Großbritannien, USA und UdSSR. Druck: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Ergänzungsblatt Nr. 1 S. 13–20.

geräumt ist. Ich möchte dazu nur zu den Fakten beitragen, daß die Mitteilungen im „Spiegel“<sup>27</sup> und in der Presse, als ob der Fraktionsvorsitzende den Parteivorsitzenden aufgeregt angerufen habe, völlig unrichtig sind. Richtig ist, daß der Parteivorsitzende mit dem Fraktionsvorsitzenden sprach: „Sagen Sie mal, hier ist etwas in der Presse entstanden, wollen wir nicht eine gemeinsame Erklärung abgeben?“ Die haben wir dann auch sehr schnell gefunden.<sup>28</sup>

Es kommt dann nun meine Reise, die nicht, wie manche glauben, in einer Nacht geboren wurde – und wer sich international auskennt, weiß, daß das schon wegen der Termine gar nicht geht –, sondern schon einige Wochen vorbereitet war, die auch mit dem Herrn Parteivorsitzenden abgestimmt war. Wir hatten uns dahin verständigt – seine Reise im März [sic!] und meine Reise im September in die USA.<sup>29</sup>

Ich habe Ihnen hier vorgelegt, um meinen Bericht zu verkürzen, den Text, den ich gestern der Presse vorgetragen habe.<sup>30</sup> Nehmen Sie das bitte nun nicht so als eine Presseerklärung hin, wie man das gewöhnlich macht, sondern dies sind die vier Punkte der Gesprächsführung und ihre Ergebnisse. Und wenn ich Ihr Augenmerk auf die Ziffer 4 z. B. richten darf – daß wir erst die westlichen Dinge sagen, ist ganz klar –, dann möchte ich sagen, daß dieser Satz, so wie er hier steht, in jedem der Gespräche mit den Verantwortlichen so vorgetragen und unwidersprochen hingenommen wurde. Was das für uns bedeutet im Hinblick auf die Landtagswahlkämpfe, die globale Zustimmung, als gäbe es nur eine Ostpolitik, zu reduzieren auf die Zustimmung zur Wahrung der Rechte und die Zustimmung zu einer natürlich auf Entspannung gerichteten Politik, das wird – so hoffe ich – die Zukunft noch erweisen.

Zu dem, was ich der Presse nicht gesagt habe, möchte ich hier noch einige detaillierte Ausführungen machen: Das erste – und das ist, glaube ich, ganz wichtig, weil man ja doch immer wissen muß, wie stehen die Chancen auf der internationalen Bühne. Wir sind also nicht nur mit höflichem Interesse, sondern mit ausgesprochener Herzlichkeit und Wohlwollen und Sympathie aufgenommen worden. Ich will darauf verzichten, Beweise dafür hier vorzutragen. Zweitens hatte ich den Eindruck, daß die grundsätzliche Berlin-Position, die ich vorgetragen habe, einschließlich der Verbindung mit den gesamtdeutschen Fragen, wenn ich das für die Regierung hätte vortragen dürfen, bereits jetzt den wesentlichen Konsensus der drei Westmächte mit uns bedeutet hätte. Ich werde deshalb nachher mich bemühen, die Berlin-Position hier vorzutragen. Drittens, über die Ziffer 4 habe ich gesprochen. Viertens, in Sachen Oder-Neiße gibt es kaum noch Verständnis dafür, daß uns das Schwierigkeiten macht. Es gibt die Frage, ob und wenn ja was die Westmächte erklären sollen, falls es zu einem deutsch-

---

27 Vgl. „Spiegel“ vom 22. August 1970 „Letzter Perron“. Vgl. dazu auch GRAU S. 113.

28 Vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 18. August 1970 in ACDP 01–226–316.

29 Kiesinger hielt sich vom 12. bis 22. Mai 1970 in Washington auf (Terminplan in ACDP 01–226–742). Zur Reise Barzels vgl. Anm. 8.

30 Vgl. Erklärung des Pressereferats der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 7. September 1970 zu den Ausführungen Barzels vor der Bundespressekonferenz (ACDP Dokumentation AO Barzel/Reden).

polnischen Vertrag kommt. Ich habe die Frage wie folgt beantwortet: In der Logik der Aufrechterhaltung der Vier-Mächte-Rechte in Berlin, was z. B. bedeutet, daß die USA eine aus eigenem Recht in Europa wirksame Macht sind und nicht erst eingeladen zu werden brauchen, um an einer europäischen Sicherheitskonferenz teilzunehmen, in der Logik liegt, daß die völkerrechtliche Anerkennung unmöglich ist; in der Logik dieser Haltung liegt, daß die Westmächte eine Erklärung dahingehend abgeben, dies war meine Bitte, daß natürlich eine endgültige Regelung zwischen Deutschland und Polen allein gar nicht möglich sei. Ob man dem entsprechen wird, ist eine offene Frage. Fünftens darf ich sagen, daß diese Politik eingehend betrachtet wird, weil man selbst auf die Ratifikationsvorbereitungen sehr großen Wert legt. Ich kann ja wohl sagen, daß das sicher in Übereinstimmung mit den Westmächten erfolgt ist und in halber Erfüllung einer Forderung der Opposition – wir werden alle Kraft dazu brauchen, hier innenpolitisch dieses Junktim zu halten, es sind schon einige dabei, es auflösen zu wollen –, daß alle ihr endgültiges Urteil eigentlich davon abhängig machen – ich projiziere jetzt sehr vorsichtig – a) von der bleibenden festen Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Westen und b) von einer befriedigenden Berlin-Lösung. Sechstens, ich hatte keinen Gesprächspartner – und das wäre dann ja auch eine Unlogik gewesen –, der diese Einmischung nicht als Bevormundung angesehen hätte, der etwa gesagt hätte, sagen sie „Ja“ zu diesem Vertrag. Ich habe viele verständnisvolle Blicke und manch verständnisvolles Wort bis zu „konstruktiv“ und „sehr im westlichen Interesse“ gehört über die Opposition und die CDU, die nicht vergessen ist. Auch ihre früheren Kanzler sind nicht vergessen. Ich habe keinen Zweifel daran gelassen, daß ich persönlich, für den Fall, daß die Bundesregierung das Junktim auflösen würde in allen Bereichen, der Vertrag allein uns jetzt zur Entscheidung zwänge, daß ich meiner Fraktion den Rat des „Neins“ dann geben müßte. – Mehr möchte ich in diesem Augenblick nicht vortragen. Vielleicht haben Sie nachher ein paar Fragen.

Der Bundeskanzler Brandt hatte, als ich wiederkam, mir über mein Büro schon auf dem Flugplatz einen Zettel geschickt und hat drei Termine angeboten: einen für gestern, einen für heute und einen für morgen. Nach Verständigung mit Herrn Stücklen haben wir den Termin für morgen angenommen. Es dürfte sich morgen – so glaube ich, denn ich weiß natürlich nicht, was er vor hat – mehr um die Präliminarien handeln, wie machen wir nun gemeinsame Gespräche, wie groß ist der Kreis, was ist der Themenkreis. Es könnte aber sehr wohl sein, daß er versucht, die Polen-Frage vorzuziehen. Ich werde mit allem Nachdruck versuchen, das zu verhindern, weil sonst das Ganze kaputt ist. Ich werde ihm sagen, wir müssen über Berlin sprechen und müssen sprechen über die innerdeutschen Dinge, zumal wir über Polen noch gar nicht sprechen können, weil wir gar nicht wissen, was die Regierung an uns für Fragen hat. Ich werde verlangen – das freilich wird nicht ganz leicht sein –, die Protokolle einzusehen. Die Regierung ist sicher nicht sehr geneigt dazu, und ich muß auch sagen, der Wunsch ist natürlich nicht sehr bescheiden. Aber dieser Wunsch ist sachlich völlig begründet, weil die kommunistische Seite in offiziellen Dokumenten spricht von den „Verhandlungen“ und dem „Vertrag“. So die Erklärung des SED-Politbüros, so die Erklärung des Ministerrats der DDR, so die Erklärung von Herrn Breschnew, so der Text vom 20. August der

Gipfelkonferenz der Warschauer Paktstaaten.<sup>31</sup> Also werden wir die Frage stellen, es gehören Verhandlungen doch offensichtlich zur Sache. Die müssen wir einsehen. Ich könnte mir vorstellen, daß die Bundesregierung dann sagt: Gut, verhandelt hat aber nur Herr Scheel.<sup>32</sup> Herr Bahr hat nur Gespräche geführt. – Dann werden wir sehen, wie wir uns auf diese Sache einlassen. Ich glaube, das ist relativ ungefährlich, weil meine Nase mir sagt, daß auch in den Verhandlungen des Herrn Scheel auf die Gespräche des Herrn Bahr Bezug genommen wird und deshalb das Gesamturteil das ganze verlangt. Die Schwierigkeit ist natürlich die – und deshalb habe ich dazu öffentlich einige Erklärungen abgegeben, auf die ich mich später berufen kann –, daß jemand, der die Protokolle sieht, natürlich keinen Geheimnisverrat begehen darf, daß aber derjenige, der die Protokolle kennt, nicht gehindert ist, seine Meinung in voller Kenntnis aller geheimen Dinge zu sagen, ohne Quellen zu nennen oder sie zu zitieren. Das habe ich der „Berliner Morgenpost“ gegenüber gesagt<sup>33</sup>, das habe ich auch gestern vor der Bundespressekonferenz gesagt<sup>34</sup>, so daß sich keiner darüber im unklaren sein kann, daß wir uns etwa hier die Hände binden lassen – formal werden wir etwas angebunden sein.

Was nun Berlin betrifft, so bedaure ich, daß die Bundesregierung, soviel Papier sie auch verwendet hat bisher, zwei Dinge nicht voll publiziert hat, nämlich: Erstens, die sechs den Vertrag begleitenden Leitsätze, die paraphierte Absichtserklärungen sind (wir haben sie der Fraktion natürlich zugeleitet).<sup>35</sup> Zweitens, den vollen Text der formellen Erklärung des Außenministers vor der Paraphierung in Sachen Berlin.<sup>36</sup> Ich darf den Text hier eben vortragen: „Ich möchte im Anschluß an das Gespräch, das ich mit Ihnen über Berlin geführt habe, der Überzeugung Ausdruck geben, daß der positive Abschluß unserer Verhandlungen für das Zustandekommen einer befriedigenden Regelung für Berlin in den Vier-Mächte-Verhandlungen förderlich ist. Die Bundesregierung geht natürlich von der Verantwortung der alliierten Mächte für Berlin aus. Sie hat jedoch an West-Berlin auch ein eigenes vitales Interesse. Ich möchte Sie

---

31 Rede Generalsekretär Breschnews in Alma Ata am 28. August 1970 (MEISSNER S. 1295–1297). – Erklärung des DDR-Staatsrats vom 21. Juni 1968 zur deutschen Frage (EUROPA-ARCHIV Folge 19/1968 D 468–489). – Erklärung des Ministerrats der DDR vom 14. August 1970 zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages (AdG 1970 S. 15653 f.) – Zur Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes am 20. August 1970 in Moskau vgl. AdG 1970 S. 15666 f.

32 Zur Moskautreise Außenminister Scheels vom 27. Juli bis 7. August vgl. AAPD 1970 Dok. 328, 335, 337, 340, 343, 344, 346, 351, 353; AdG 1970 S. 15631–15634; BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1141–1146; MEISSNER S. 1254–1259. Am 7. August wurde der Vertrag in Moskau von Scheel und Gromyko paraphiert und am 12. August 1970 im Verlauf von Willy Brandts Aufenthalt in Moskau (11. bis 13. August) unterzeichnet (AdG 1970 S. 15646–15652).

33 Vgl. „Berliner Morgenpost“ vom 26. August 1970 „Barzel: Passierscheine und Telefonverkehr sind für ein Ja zum Vertrag zuwenig“.

34 Vgl. Anm. 30.

35 Vgl. BULLETIN Nr. 79 vom 9. Juni 1970 S. 789 sowie Nr. 106 vom 10. August 1970 S. 1048. Dazu auch VOGTMEIER S. 143 f.

36 Vgl. AAPD 1970 Dok. 375 S. 1413.

deshalb an die bekannte Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage erinnern, die in folgendem Beschluß ihren Ausdruck findet.“ (Es folgt Zitat): „Die Bundesregierung hofft, daß die Gespräche der Vier Mächte über Berlin dazu führen, die engen Bindungen zwischen Berlin-West und den Bund sowie den Zugang von der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin-West zu sichern. Sie ist der Auffassung, daß Fortschritte bei der Entspannung in Europa untrennbar mit einer befriedigenden Regelung in und um Berlin verbunden sind. Ein Gewaltverzichtsvertrag wird erst in Kraft gesetzt werden können, wenn diese vorliegt.“ Soweit das Zitat. Und es heißt dann noch: „Dies wurde vom Kabinett am 23. Juli 1970 beschlossen.“

Damit hat die Regierung eine Hürde selbst vor die Ratifikation gesetzt. Sie hat noch eine zweite davor gesetzt, nämlich die innerdeutschen Dinge. Ich will hier nicht lange zitieren, aber lesen Sie nach. Brandt in Erfurt, wo er ganz klar sagte: Ohne innerdeutsche Entspannung, ohne daß die Menschen davon etwas haben, gibt es überhaupt nichts. Wir müssen diesen zweiten Punkt sehr stark betonen – wir haben uns ja bereits darüber unterhalten. Ich glaube, daß es zu diesem zweiten Punkt ziemlich leicht sein wird – unsere Arbeitsgruppe ist dabei –, die Punkte, die wir fordern müssen, zu formulieren, weil der Parteivorsitzende Kiesinger ja am 12. April 1967 seinen bekannten Vorschlag zum Themenkatalog gemacht hat.<sup>37</sup> Da waren nur einige wenige Punkte vergessen, die haben wir im Oktober 1969 von der Fraktion aus nachträglich der Bundesregierung zugestellt.

Was Berlin betrifft: Lorenz, Lummer, Gradl und ich haben zweimal darüber gesprochen und einmal in einem größeren Kreis nach der Beerdigung des Kollegen Lemmer.<sup>38</sup> Es gibt ein schriftliches Votum der Herren, das unserer Arbeitsgruppe vorliegt und das prinzipielle Zustimmung gefunden hat.<sup>39</sup> Auch das, was ich Ihnen jetzt sage, ist prinzipiell von unserer Arbeitsgruppe gebilligt – nicht in jeder Formulierung, weil die sehr flüchtig ist. Ich möchte Ihnen jetzt das vorlesen, was ich gestern diktiert habe:

I. Es geht um eine befriedigende Berlin-Lösung für die Zeit der deutschen Spaltung, die, wenn sie von der Lage, wie sie ist, ausgeht, diese garantiert störfrei macht und die deutsche Einheit offenhält. Einseitige, jederzeit reversible Akte der anderen Seite genügen nicht. (Der deutsch-sowjetische Vertrag ist nutzlos, wenn gleichwohl die östliche Seite Berlin weiter als Konflikttherd betrachtet und behandelt. – Dieser Satz ist für die Delegierten formuliert. Nicht daß einer meint, ich würde das dem Bundeskanzler sagen, weil er dann auf die Idee kommt, wir seien für diesen Vertrag.) Dieses Ziel ist erreichbar, weil die Sowjetunion an dem Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland sehr interessiert ist, die Berlin-Vorbedingung kennt und viel Prestige in diesen Vertrag investiert hat.

II. Die Bundesregierung selbst hat in Übereinstimmung mit den Westmächten und

---

37 In der Vorlage: 1969. – Regierungserklärung Kiesingers vom 12. April 1967 zur Deutschlandpolitik mit anschließender Stellungnahme Barzels und Aussprache, vgl. Sten.Ber. 5. WP 101. Sitzung S. 4686–4689.

38 Lemmer war am 18. August 1970 verstorben.

39 Ausarbeitungen der Kommission Moskauer Vertrag (später „Ostkommission“) des AK V in ACDP 01–356–303; „endgültiges“ Papier vom 22. September 1970 in ACDP 01–356–237.

in teilweiser Erfüllung einer Forderung der Opposition die befriedigende Berlin-Lösung als Hürde vor die endgültige Ratifikation des deutsch-sowjetischen Vertrages gesetzt. Aus Gründen einer starken Verhandlungsposition, aber auch zur Vermeidung brunnenvergiftender späterer Geschichtsfälschung ist es dringend erforderlich, eine Berlin-Position aufzubauen, die in vertraulichen Gesprächen von den USA, Großbritannien, Frankreich, dem ganzen Bundestag und dem Berliner Abgeordnetenhaus erarbeitet wird.

An dieser Stelle eine Bemerkung: Dies hat man besonders angenehm empfunden bei meiner Reise, und ich habe auch an einer Stelle gar nicht zu betonen brauchen, was wir einbringen, sondern man hat von sich aus gesagt, wir wären ja sehr feine Leute, daß wir unsere Berlin-Position noch nicht veröffentlicht hätten im Gegensatz zum Regierenden Bürgermeister<sup>40</sup>, weil wir dadurch das Finden einer gemeinsamen Position erleichtert hätten. Das ist sehr wohlwollend aufgenommen worden. Natürlich werden wir eines Tages publizieren, je nachdem wie die Regierung sich verhält. Weiter im Text:

Die Höhe der Hürde ergibt sich aus dem Geist des deutsch-sowjetischen Vertrages, wie ihn die Bundesregierung darstellt. Natürlich müssen auch hier die Realitäten und Verabredungen gelten, welche für die freie Welt und das ganze Deutschland am günstigsten sind.

III. 1. Fortdauer der uneingeschränkten Anwesenheit der Truppen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, entsprechend deren Recht und Verantwortlichkeiten sowie entsprechend dem Willen der West-Berliner. 2. Verantwortung für freien Zugang, der störfrei gemacht werden muß, bleibt Sache der Vier Mächte. Die DDR darf höchstensfalls die Identität überprüfen, nicht aber Personen an der Reise hindern. Plombierte Züge und plombierte Warenladungen würden den Zugang störfreier gestalten. 3. Es darf kein drittes Deutschland entstehen. Die Zusammengehörigkeit West-Berlins mit der Bundesrepublik Deutschland entspricht den gewachsenen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Bindungen. Sie ist nicht nur eine Realität (siehe Art. 1 des Vertrages), sondern auch Gegenstand internationaler Verträge (siehe Art. 4 des Vertrages). Zu dieser Zusammengehörigkeit gehört u. a.: Die Finanzhilfe des Bundes für West-Berlin, die Präsenz des Bundes in West-Berlin und die Vertretung West-Berlins nach außen durch die Bundesrepublik Deutschland gemäß Vereinbarung mit den Drei Mächten. Und dann kommen 4. die bekannten Verbesserungen für die Berliner, die ich hier nicht vorzutragen brauche.

Das ist im wesentlichen der Bericht. Ich möchte noch einmal daran erinnern, wie die Lage für die Union am 9./10. August war. Und es kann keiner mehr sagen, wie es damals scherzhaft in der Presse hieß, wir seien weg vom Fenster. Ich glaube, wir sind auf der Bühne und haben hier eine Chance. Und ich glaube, dies ist die Folge des überlegten Beschlusses vom 10. August. Ich werde die Bundestagsfraktion, der ich einen ähnlichen Bericht die Absicht zu geben habe, bitten, den Text, den ich eben vorgetragen habe, bis hierher voll zu billigen, und ich werde diese Billigung auch mit aller Kon-

---

40 Vgl. AAPD 1970 S. 1497 Anm. 4.

sequenz erbitten müssen. Wenn wir die kritische Distanz zum deutsch-sowjetischen Vertrag erhalten und alles dem abschließenden Gesamturteil vorbehalten, weil dazu die beiden westlichen Punkte ebenso gehören wie die fünf östlichen Punkte, dann können wir – das ist die Alternative – vielleicht erreichen, daß nunmehr europäische Vereinigung stattfindet. Die Bereitschaft ist in Paris und London sehr schnell gewachsen. Wir können vielleicht erreichen, daß die Fortdauer der Anwesenheit der Truppen der USA bleibt und daß es eine befriedigende Berlin-Lösung und innerdeutsche Verbesserungen gibt. Dann können wir immer noch über den Vertrag befinden. Oder daß die Bundesregierung selbst auf die Ratifikation ihres Vertrages verzichtet.

Und nun zum Schluß noch eine ganz persönliche Bemerkung: Wer die Berichte über Wehners Jugoslawien-Reise und das Kommuniqué über die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liest<sup>41</sup>, wird mir zustimmen, daß dies nichts anderes als ein ideologisches Rapallo<sup>42</sup> zum Ausdruck bringt. Und wer zweitens sieht, daß diese Regierung doch in Wahrheit dabei und bereit ist, sich zwischen West und Ost zu bewegen, um mindestens eine Schaukelpolitik zu machen, ja, meine Damen und Herren, wer das verhindern will – und das ist eine Gefahr –, der würde sich, so fürchte ich, auch wenn er jetzt das „Nein“ schmettert und einen anderen Weg geht als der Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende gemeinsam hier vorschlagen – und ich sage das mit aller Überlegung –, mitschuldig und mitverantwortlich machen. Ich glaube, daß diese Politik des letzten Versuchs, auf die Regierung einzuwirken und auf die Westmächte einzuwirken, unternommen werden muß. Wir werden in sehr kurzer Zeit – und wenn ich Herrn Dregger ansehe und Leo Wagner<sup>43</sup> ansehe, glaube ich in befriedigender Zeit – sehen, ob und wie der Kanzler auf unsere Vorschläge eingeht. Tut er das, dann ist das gut für unser Land und für unsere Partei. Tut er das nicht, dann werde ich selbst mit aller Lautstärke und aller Härte zur totalen Konfrontation aufrufen. Und dann wird man glauben und hören – und nicht nur im Volk, sondern auch im Bundestag –, daß wir vorher den Versuch gemacht haben, etwas abzuwenden. Und wenn wir das mit Berlin schaffen, dann wird auch für den Fall einer Veränderung hier die Sowjetunion zwar Propaganda machen können, aber wir würden im Westen verstanden werden, wenn es hier dann über diese Frage eine Veränderung gibt. Wir sind – und dies ist das Ergebnis meiner Reise – auch innenpolitisch wieder handlungsfrei. – Ich danke Ihnen, daß Sie mir so lange zugehört haben.

---

41 Wehner hielt sich mit einer Delegation vom 31. August bis 6. September 1970 in Jugoslawien auf. Vgl. das Schreiben Rainer Barzels vom 11. September 1970 an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion mit einer Zusammenstellung von Artikeln zum Wehner-Besuch (ACDP Dokumentation Personenarchiv Wehner/Reisen).

42 Im italienischen Seebad Rapallo wurde am 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR ein Vertrag abgeschlossen, der als Muster einer anti-westlichen deutsch-sowjetischen Allianz interpretiert wurde, vgl. Ulrike HÖRSTER-PHILIPP (Hg.): Rapallo – Modell für Europa? Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit heute. Köln 1987.

43 Leo Wagner (1919–2006), Rektor; 1963–1975 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU, 1971–1975 der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 36 Anm. 7.

Dr. *Kiesinger* eröffnet die Aussprache über den Bericht Dr. Barzels mit der Verlesung eines Telegramms von Herrn Hasselmann: „Die Landtagsfraktion der CDU in Niedersachsen fordert den Bundesvorstand auf, unverzüglich eine klare und eindeutige Stellungnahme der Opposition zu dem Moskauer Vertrag herbeizuführen.“

Wegen der allgemein vorhandenen Unsicherheit über den Standpunkt der CDU zur Ostpolitik der Bundesregierung schlägt Dr. *Kiesinger* vor: erstens eine Entschließung zur Sache zur veröffentlichen und zweitens innerhalb kürzester Zeit eine Aufklärungsaktion durchzuführen, die die Verwirrung im Lande beendet. Hierzu wäre eine Abstimmung mit der CSU notwendig, um zu verhindern, daß die CDU und die CSU in ihren Aussagen auseinanderfallen.

*An der sich anschließenden Debatte zum Bericht Dr. Barzels beteiligen sich die nachstehend aufgeführten Vorstandsmitglieder: Lorenz, Dr. von Weizsäcker, Professor Hahn, Windelen, Dr. Dregger, Frau Dr. Wex, Dr. Blüm, Katzer, Dr. Stoltenberg, Echternach, Adorno, von Hassel, Dr. Scheufelen.*

*Von Weizsäcker:* Es kann ja von niemand von uns bestritten werden, wie notwendig Klarheit ist, nicht nur in Landtagswahlkämpfen, sondern eben immer in jeder Art von Parteiarbeit. Klar ist, entweder die Position zu sagen, wir wollen offenhalten; oder klar ist, die Position zu sagen, wir wollen nicht offenhalten. Aber unklar ist die Position, wenn wir den Versuch machen, beides miteinander zu verbinden. Und es ist ja nicht der böse Wille oder die Tauben- und Falken-Qualität, sondern es ist die objektive Schwierigkeit, die in dieser Sache steckt, daß wir uns immer ein bißchen in der Nähe dieser Unklarheit befinden. Sie sagen, wir müssen zu dem Vertrag Stellung nehmen. Das wird in der Allgemeinheit von niemand bestritten. Die Frage ist, ob die Angst derer begründet ist, wenn wir sagen, wir nehmen so Stellung, daß wir das Votum offenhalten. Die Sorge der anderen ist, daß sie sagen, ja, ihr macht jetzt Berlin-Vorschläge. Wir mißtrauen euren Berlin-Vorschlägen, denn ihr wollt diese Berlin-Vorschläge möglicherweise dazu benutzen, um von uns, die wir vielleicht jetzt noch anderer Meinung sind, das „Ja“ zum Vertrag abzukaufen. Gerade an dem Punkt halte ich Klarheit unter uns für notwendig, wie falsch eine solche Sorge ist. Es handelt sich überhaupt nicht darum, bei der Einwirkung auf die Berlin-Regelung oder andere Regelungen, die Europa betreffen, das „Ja“ zu dem Vertrag einzuhandeln, sondern mit gutem Gewissen zu dem Vertrag „Nein“ zu sagen. Das können wir nur dann, wenn wir darauf, was jetzt im Moment wirklich von uns gefragt ist, nämlich nicht die Ratifizierungsdebatte, sondern die Entwicklung der Berlin-Frage, die Entwicklung der europäischen Frage, der NATO-Frage usw., wenn wir auf alle diese Dinge den uns möglichen Einfluß auch nehmen. Und deswegen müssen wir uns allerdings – und das ist nun wiederum gar nicht eine prinzipielle Frage, sondern nur eine Modalitätenfrage – nicht darauf drängen lassen, in der Behandlung dieses Vertrages unsere ganzen Kräfte darauf zu konzentrieren, die Konsequenz der deutschlandpolitischen bösen Absichten der Sowjetunion in den letzten 20 Jahren immerfort darzulegen. Darüber kann es ja auch gar keinen Streit geben, daß die Konsequenz vorliegt und verwirklicht ist in diesem Ver-

trag, sondern wir müssen unsere Kräfte auf dieses Umland, auf die fünf bis sieben Punkte jetzt konzentrieren, gerade damit wir nachher ein reines Gewissen haben, aber auch einen politischen Erfolg sicherstellen können.

Darf ich als letztes nur noch sagen: Mir scheint ja bei der Beurteilung des Moskauer Vertrages doch immer sehr wesentlich zu sein, daß die Sowjetunion zwei Ziele gleichzeitig verfolgt. Das eine ist die Konsolidierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, wie die Sowjetunion sie sieht. Mit diesem Ziel findet sie ziemlich viel Beifall in der ganzen Welt, denn die ganze Welt wollte ja immer schon, wenn sie von uns Entspannung wollte, entlastet werden von ihnen lästigen deutschlandpolitischen Bindungen, an die sie sich selbst gebunden hatten. Das zweite aber ist die weltmachtpolitische Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Der Bundeskanzler Brandt sagt, was Adenauer nach Westen gemacht hat, mache ich nach Osten. Der Westversöhnung die Ostversöhnung an die Seite. Ja, die Westversöhnung war die Verbindung von Regelung der Vergangenheit mit gemeinsamer Allianz für die Zukunft. Und die Sowjetunion will selbstverständlich von uns, wenn sie einen Entspannungsvertrag schließen will, unsere Mitwirkung in ihrem Ziel für die Zukunft. Und damit hat sie, ob er es will oder nicht, Brandt zu einem Instrument der Supermacht-Rivalität zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten machen lassen, und er hat, ob er es will oder nicht, sich selbst objektiv zum Schaukeln gezwungen, wenn er nämlich den Geist beider Versöhnungsverträge so erfüllen will, wie sie auf beiden Seiten für die Zukunft konzipiert sind, und wenn er in dieser Lage darauf einwirken will, daß wir uns dieser Art von Geist des Vertrages mit der Zukunft unseres Landes nicht verschreiben müssen. In dieser Lage einzuwirken, das ist das Gebot der Stunde. Und nur wenn wir dieses Gebot der Stunde erfüllen, dann sind wir vollkommen frei und langfristig des Erfolges sicher, wenn wir in der Ratifizierungsdebatte dann „Ja“ oder „Nein“ sagen. Es ist keine Rede davon, durch Mitwirkung bei den Berlin-Verhandlungen das „Ja“ zu dem Vertrag abzukaufen, sondern die Freiheit zu der Entscheidung auf diese Weise wirklich zu begründen. Das ist natürlich schwieriger zu begründen, als wenn man sagt, „Nein“ dieser Vertrag ist von vorn bis hinten unannehmbar, und das ist das einzige, was wir dazu zu sagen haben. Aber so unbestreitbar diese Stimmen im Lande sind, so notwendig ist es, daß wir diesen Stimmen gegenüber mit der von uns erkannten Verantwortung führend vorangehen und uns nicht von ihnen führen lassen. Und in diesem Sinne muß Vertragsinterpretation und Information erfolgen. Das ist meine Meinung.

*Barzel:* Ich möchte zu dem bisherigen Stand der Diskussion versuchen, mich so präzise wie möglich zu äußern. Ich habe zu dem Bericht von Herrn Lorenz weiter nichts zu sagen. Wir haben über das Thema in Berlin gesprochen.

Ich teile die Meinung von Herrn von Weizsäcker, daß wir uns jetzt auf die Probleme, die aktuell sind, konzentrieren müssen, um hier wirklich guten Gewissens entscheiden zu können.

Herr Windelen, das Bahr-Papier, so sagen Sie, sei in der Sache, in der Substanz von dem Vertrag nicht zu unterscheiden. Ich sage das noch viel schlimmer. Wir haben im Grunde als Opposition, vielleicht auch manchmal im wirtschaftspolitischen Bereich

einen Fehler gemacht. Wir haben nämlich zu konkret die Punkte bezeichnet, die man machen müßte, um ein bißchen Ordnung hineinzubringen. Ich weiß, wovon ich rede, daß nämlich sowohl die Sowjetunion wie die Bundesregierung aufgrund unserer Einlassungen eine Liste hatte mit Punkten, die einseitig erledigt werden mußten zwischen Gromyko und Scheel, um die Sache im Bundestag mehrheitsfähiger bzw. in Karlsruhe fester zu machen. Das sind Erfahrungen, aus denen man lernen muß. Ich möchte hier ganz klar sagen, daß Vermutungen, als würde eine befriedigende Berlin-Lösung ein Hauptpreis für diesen Vertrag sein, aus meiner Sicht völlig töricht sind. Ich habe mich nie dahingehend geäußert. Ich habe gestern auf der Bundespressekonferenz die Frage eines französischen Journalisten bekommen: Wenn diese Berlin-Lösung nun durchkäme und die Sowjetunion und die drei Westmächte würden dazu „Ja“ sagen, ob ich dann dem Vertrag zustimmen würde? Ich sagte: „Das haben Sie völlig falsch verstanden. Wir haben fünf ostpolitische Punkte. Da ist der erste der deutsch-sowjetrussische Vertrag. Dagegen haben wir entscheidende Bedenken. Wir sprechen über den zweiten, das ist Berlin, und dann kommen die anderen Punkte, das sind die innerdeutschen Probleme, Polen und die Tschechoslowakei. Das ist der ostpolitische Teil. Dann bleibt der westpolitische Teil mit Europa und dem Bündnis übrig, und das gibt für uns eine Gesamtwürdigung.“ Dies war meine Antwort. Ich wollte sie auch hier geben, weil ich nicht glaube, daß man hier eines mit dem anderen verquicken kann. Das ist ja auch heute in der Presse deutlich zum Ausdruck gekommen.

Die Frage, Herr Windelen, Abstriche von unserer Position in Berlin? – Lassen Sie mich noch einmal etwas verdeutlichen, was vorher vielleicht bei dem Tempo meines Vortrages nicht deutlich genug geworden ist, was aber bei meiner Reise einen großen Eindruck hinterlassen hat, nämlich der Versuch, nicht nur zu sagen, daß hier die Regierung – auf welche Einflußnahmen immer – eine Hürde vor die Ratifizierung in Sachen Berlin gesetzt hat, sondern mein zweites Argument außer der Hürde ist ja zu sagen, daß der Vertragsgeist selbst eine Antwort auf die Berlin-Lösung enthält, wenn er so ist, wie die Bundesregierung ihn uns dartut. Nach dem Art. 1 wird ausgegangen von der Lage, wie sie ist. Und nach dem Art. 4 gelten alle anderen Verabredungen zutreffend. Wir haben eine Verabredung mit den Drei Mächten, aus dem Jahr 1952 eine förmliche Verabredung, daß wir in Berlin bleiben können, daß wir Finanzhilfe zu leisten haben und daß wir, die Bundesregierung, das freie Berlin nach außen vertreten.<sup>44</sup> Wenn die Sowjetunion in den alliierten Berlin-Verhandlungen dagegen angeht, betrifft das nicht nur das Problem der Hürde der Berlin-Verhandlungen, sondern das betrifft für jedermann sichtbar den Geist dieses Vertrages. Und ich kann dann dem Publikum deutlich machen, daß der Geist des Vertrages uns anders dargestellt wird, als die Sowjetunion ihn betrachtet, an einem begreifbaren Punkt. Der Punkt ist begreifbar – entschuldigen Sie, wenn ich das so temperamentvoll sage: Ich war am

---

<sup>44</sup> Art. 1 Abs. 1 regelt, daß die Bundesrepublik „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben“ wird; Art. 6 regelt die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Alliierten hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte bezüglich Berlins. – Text im Internet: <http://www.documentarchiv.de/brd/dtlvertrag.html>.

30. August in Berlin, und es gab den üblichen sozialdemokratischen Journalisten, der da immer meint, alle Geheimnisse der Politik zu kennen. Daraufhin habe ich die Herren zurückgefragt, die diese Politik vertraten: „Können Sie mir mal sagen, mit welchem Paß Sie in zwei Jahren reisen werden?“ Daraufhin war Funkstille in der ganzen Geschichte. Das sind Sachen, die unsere Mitbürger begreifen werden, wenn die Schwester in Berlin mit mir nach Italien fahren will und einen anderen Paß hat. Und hier ist – glaube ich – der Punkt, das Berlin-Problem nicht nur im Sinne der Hürde zu sehen, sondern die Höhe der Hürde zumindest aus dem Geist des Vertrages, wie ihn die Bundesregierung hier darstellt, begreifbar zu machen. Die ganze Sache wirkt sicher im eigenen Publikum auch ein bißchen als Frieden, und nun wollen wir endgültig mal den Krieg zu Ende bringen. Das ist natürlich vorhanden. Und wir müssen den Takt finden, wo die Leute uns begreifen, denn mit den theoretischen Geschichten begreift uns kein Mensch. Nach dem Geheimabkommen<sup>45</sup> fragt jeder. Das war unsere Frage an Brandt. Der hat sie natürlich verneint. Wir werden sehen, wenn wir die Protokolle lesen – da wird aber auch nichts drin stehen.

Nun, Herr Dregger, zum Einschwenken. Ich glaube, nach dem, was ich hier vorgetragen habe, gibt es eine Politik, die versucht eben, diese Sache in eine ganz andere Richtung zu bringen einschließlich einer innenpolitischen Veränderung. Sie können doch die Augen nicht davor verschließen – und vielleicht war der Schlußsatz meines Vortrages in der Bedeutung nicht jedermann völlig klar –, daß natürlich für den Fall, daß wir jetzt über diesen Vertrag die Bundesregierung stürzen, die Sowjetunion das zum Vorwand nimmt, alle möglichen schrecklichen Dinge zu tun. Den Vorwand müssen wir ihnen wegnehmen, und deshalb müssen wir mit den Westmächten eine Berlin-Position haben. Deshalb mein Schlußsatz: Wir sind innenpolitisch wieder handlungsfrei. Ich glaube, ich brauche das nicht weiter auszuführen.

Wie wird das ausgehen? Also, ich glaube nicht, wie ich diese Leute kenne und wie ich Wehner kenne, den ich natürlich auch mit dem Blick auf mein morgiges Gespräch zu berücksichtigen bitte, denn er hat gesagt, der Barzel will also die CDU in eine Position bringen, die der Regierungsseite das Tempo aufzwingt und mit der die CDU/CSU besser zu bestehen vermag. Es wird natürlich interessant sein, welches Gewicht seine Erklärung in der praktischen Politik der CDU/CSU bekommen wird. Ich bitte also um eine Stärkung meiner Position für das Gespräch morgen. Was werde ich sagen? Herr Brandt wird versuchen, Polen vorzuziehen. Ich werde ihm sagen: Ich möchte mich mit ihnen über Berlin verständigen und ich kann ihnen sagen, das, was ich hier vortrage, hat keinen Widerspruch gefunden mit einer kleinen Ausnahme, die ich ihnen nicht mitteilen kann, bei meiner Reise. – Ich habe Platzvorteil ihm gegenüber an In-

---

45 Die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden forderte am 3. September 1970 in Bensheim die Veröffentlichung der geheimgehaltenen Protokolle des Moskauer Vertrages (Beschlußprotokoll in ACDP 07–001–1646; vgl. auch AdG 1971 S. 15994). Vgl. auch die Kleine Anfrage von Franz Josef Strauß vom 15. Oktober 1970 (BT-Drs. VI/1289) sowie deren Beantwortung durch den Parlamentarischen Staatssekretär Moersch am 28. Oktober 1970 (BT-Drs. VI/1326) sowie dpa vom 22. Oktober 1970 „Strauß fragt nach Geheimabsprache“.

formation und Wissen. Und als zweites werde ich ihm sagen: Sagen sie mal, was ist eigentlich mit ihnen los? Sie haben dem deutschen Volk erklärt, daß sie an Berlin nicht vorbei können. Und wie man den Berlin-Vorbehalt der Sowjetunion gegenüber rechtsgültig machen muß, ist nur eine Frage der Diplomatie. Aber was haben sie eigentlich dem deutschen Volk erzählt? – Und dann haben wir die ganzen Sachen da: 19. März 1970 in Erfurt – „Alle Bemühungen um die Förderung friedlicher Beziehungen in der Welt sind nur dann glaubhaft und überzeugend, wenn wir unter uns und für unsere Bürger Frieden schaffen. Zur Normalisierung der Beziehungen genügen nicht allein Dokumente. Die Menschen hüben und drüben müssen von der Normalisierung etwas haben.“<sup>46</sup> Die Bundesregierung hat am 7. Juni 1970 noch gesagt, alles dies sei eine Einheit.<sup>47</sup> Der Bundeskanzler sagte am 1. Juni 1970 vor der Fraktion: „Die Bundesregierung werde erstreben, den Gewaltverzichtsvertrag mit der Sowjetunion erst dann rechtswirksam werden zu lassen, wenn auch die Ergebnisse von Verhandlungen mit anderen Staaten des Warschauer Paktes und die Ergebnisse der Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin vorliegen.“<sup>48</sup> Und nun fängt der Mann an, das auch zu begründen. Er sagt: „Ich habe gar keine Eile mit der DDR, die braucht eine Denkpause.“ Das heißt in Wirklichkeit, er will den Berlin-Vorbehalt hinwegräumen. Da spiele ich gar nicht mit. Das heißt mit anderen Worten, wenn er diese Position verläßt und nicht bereit ist, das zu halten und sich mit uns über Berlin und die innerdeutschen Fragen zu unterhalten, dann werde ich ihm sagen – ich hoffe, das bleibt unter uns bis morgen: Bleiben sie mir gestohlen mit ihren Protokollen. Da brauche ich gar nicht reinzuzugucken, denn jetzt weiß ich, was ich von ihrer Politik zu halten habe. – Ich glaube, dies ist deutlich.

Wir haben einen Streit hier auch gehabt, was ist wichtiger – Außenpolitik oder Wirtschaftspolitik? Das war beides falsch. Das wichtige war, daß beide Argumente mündeten in dem Beweis, daß wir es mit einer lügenhaften Regierung zu tun haben, die vor Wahlen anders redet als nach Wahlen, die unglaublich ist. Wir stellen jetzt die Liste der Lügen der Bundesregierung gegenüber dem Parlament zusammen.<sup>49</sup> Aber, meine Herren, soll ich das alles jetzt auf den Tisch legen? Herr Brandt hat in der Euphorie von Moskau die Hände ausgestreckt.<sup>50</sup> Er hat mich wissen lassen, ich möchte doch zu ihm kommen, wir müssen das alte Verhältnis wiederherstellen. Er

---

46 Zitat aus der Rede Willy Brandts beim Treffen mit Willi Stoph am 19. März 1970 im Hotel „Erfurter Hof“, vgl. BULLETIN Nr. 30 vom 20. März 1970 S. 377–381, hier S. 380.

47 Vgl. Anm. 35.

48 Vgl. Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag Nr. 329 vom 1. Juni 1970 betr. Fraktionssitzung.

49 Vgl. ACDP 01–356–237; GRAU S. 129–131.

50 Brandt sagte am 14. August 1970 vor der Bundespressekonferenz, daß „die Bundesregierung [...] gerade auf diesem Gebiet um sachliche Zusammenarbeit mit der Opposition bemüht“ sei, denn „der Ausgleich mit dem Osten ist nicht die Sache einer Partei, oder zweier Parteien, einer Koalition oder der Regierung allein“, vgl. BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1102. Vgl. auch den Antwortbrief Brandts vom 15. August 1970 auf das Schreiben Barzels vom 10. August 1970 (siehe Anm. 21), in dem er die Bereitschaft erklärt „in vertrauliche Gespräche einzutreten“. Vgl. dazu AAPD 1970 Dok. 398.

fühlte sich stark und wollte das Gespräch mit der Union. Wir wissen doch aus der Wahlkampfanalyse der SPD für die Landtagswahl<sup>51</sup>, daß einer der negativen Punkte war, die Konfrontation mit uns heraufzubeschwören. Und kein Mensch bestreitet in der Öffentlichkeit, daß wir das Kooperationsangebot gemacht haben. Und wenn dabei nichts Vernünftiges rauskommt, wird man hier eben deutlicher werden müssen, mit anderen Worten: wir werden natürlich zu veröffentlichen haben. Ich hoffe, daß wir nächste Woche wissen werden, ob es möglich ist, daß das Junktim bleibt, wozu die innerdeutschen Dinge gehören, und man versuchen kann, sich zu verständigen über diese Fragen. Und wenn nicht, dann werden wir eben unsere Konsequenzen zu ziehen haben.

Zu Ihrer Frage, Frau Dr. Wex: Die Breschnew-Doktrin<sup>52</sup> wird natürlich in einer finsternen Weise von dieser Bundesregierung akzeptiert. Ich habe als ersten Punkt der Politik dieser Bundesregierung dargestellt, daß sie bereit ist – und ich kann das beweisen –, sie hat an verschiedenen Stellen erklärt, daß sie bereit ist, die Vorherrschaft der Sowjetunion anzuerkennen. Und in ihrem Vertrag beweist sie dies durch eigenes Tun, durch diese Großmannssucht – wir haben es hier mit einem sozialistischen Nationalismus zu tun, der europäisch verbrämt wird –, über die Köpfe der Polen hinweg eine Grenzregelung zu machen. Die Wut der Polen über diese Geschichte, die bis hierher durchschlägt und laut wird, ist unverkennbar. Das ist ein Stück Breschnew-Doktrin, das ist gar keine Frage. Nur, die Bundesregierung würde das gar nicht bestreiten. Herr Scheel würde antworten, deutlicher als Herr Brandt: Ich will den Block drüben zusammenhalten, so wie den meinen hier, weil nur von Block zu Block Entspannung und schrittweise Fortschritte möglich sein wird. – Das ist eine Position, die fundamental anders ist als die früherer Regierungen, die aus guten Gründen bilaterale Netze von Gewaltverzicht und nicht mit einer Hegemonialmacht haben wollten [sic!], d. h. der Vertrag selbst ist bereits Breschnew-Doktrin. Und das ist das Schlimme.

Zu Dr. Blüm: Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, Druck auf die Praxis und Druck auf die Realitäten. Ich stimme Ihnen auch zu, wenn Sie sagen, daß ein „Nein“ jetzt die Sowjetunion und die SPD entlasten würde von dem Druck um die Bemühungen besserer Realitäten und auch, daß ein „Nein“ uns schuldig machen würde, wenn diese nicht erreicht würden. Nur alle diese Argumente müssen Sie jetzt – gelernter Dialektiker, der Sie sind – ganz genauso für Ihre Ja-Sage-Position gelten lassen. Wenn wir das „Ja“ auch nur in Aussicht stellten, würden wir das alles abschwächen, ganz zu schweigen davon, daß wir unsere eigene Position aufgeben. Ich gehe noch eins weiter: Wenn wir das Risiko des Sturzes der Regierung auch über diese Frage aus dem Spiel bringen, dann würden wir bei „Ja“ aber weg sein, denn dann sind wir überhaupt nicht mehr imstande, einen Druck auszuüben.

Ich möchte dann zu Katzer und Blüm noch sagen: Natürlich muß man hier handfester argumentieren. Aber Sie kennen mich alle, daß ich mich bemühe, auch in der Fraktion nicht Volksreden zu halten, sondern sachliche Informationen zu geben.

---

51 Nicht ermittelt.

52 Vgl. Nr. 4 Anm. 7.

Draußen rede ich etwas handfester. Ich habe in Berlin mit viel Erfolg gesagt, als die ganze Sache mit den Krediten kam: „Hoffentlich hat der Willy noch etwas in der Kasse, wenn die Amis kommen.“<sup>53</sup> Das ist so eine Formulierung, die die Leute verstehen und „von Entspannung ist nichts zu merken“. Dazu möchte ich hier noch etwas sagen, weil ich glaube, daß das besonders an der Front, wo Katzer und Blüm vor allen Dingen arbeiten, von ganz entscheidender Bedeutung ist, daß wir das beobachten. Es gibt ja erste Stimmen von linker Seite, links-außen SPD und links Gewerkschaft, die sagen: „Willy, jetzt hast Du Frieden mit Moskau gemacht, was brauchst Du noch 20 Milliarden und 500.000 Dollar?“ Und die Stimmen sagen: „Laßt uns das Geld für Reformen verwenden.“ Derselbe Willy wird spätestens im Februar kommen müssen und sagen: Kinder, ich brauche nicht weniger, ich brauche mehr wegen der Amerikaner. – Und ich meine, es muß auch erlaubt sein, einen parteipolitischen Gedanken in eine solche Strategie mit einzubauen. Denn dann wird die sozialdemokratische Mehrheit sich zu bekennen haben, ob sie Entspannung aus dem festen Bündnis mit dem Westen meint oder ob sie sich dazwischenstellt. Das wird ein Punkt werden, wo Wirtschafts- und Finanzpolitik sich treffen mit der Außenpolitik, und das wiederum – wie ich hoffe – zu einem günstigen Zeitpunkt für die Frühjahrswahlen, wenn ich mich nicht hier ganz irre. Ich habe ja nicht zufällig mit meiner gestrigen Pressegeschichte diesen zweiten Punkt so nach vorne gestellt.

Auf die Frage von Herrn Echternach: Diese beiden Interpretationen, die ich hier mitgeteilt habe, sind uns in der offiziellen Unterrichtung durch die Regierung mündlich aus dem Zusammenhang vorgetragen worden. Daraufhin haben wir gesagt: „Ihr lest uns hier so konvolut zwei Sätze vor, die wir angeblich verwerten können. Das könnt Ihr mit uns nicht machen. Wir wollen das Ganze lesen, denn wir wissen ja nicht, in welchem Zusammenhang das steht, was davor und was dahinter steht.“ Wir haben die Regierung sehr geschreckt mit dem Hinweis, daß wir solcher Art vertraulich zugegangener Interpretationen parlamentsverbindlich zu machen wünschten entweder in der Form einer Bundestagsresolution – eine sehr interessante Sache, die uns in die Initiative bringt, wo die Regierung alles das, was sie uns gesagt hat, dann reinschreiben muß, und mal sehen, was die Sowjets dann dazu sagen – oder gar in der Form einer Präambel. Das letztere würde ich nicht vorschlagen, weil man dann eigentlich sich auch für die Ratifikation bereit finden müßte um den Preis einer solchen Präambel. Aber so eine Entschließung, die sollte man – glaube ich – schon machen.

Was die CSU betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich ja hier immer das Vergnügen habe, auch für die CSU mitzusprechen, soweit es die Bundestagsfraktion betrifft. Und wir haben hier einen einstimmigen Beschluß, und ich glaube, daß es den Mitgliedern des Präsidiums in Erinnerung ist, mit welcher Deutlichkeit der Kollege Stücklen sich an diesen einstimmigen Beschluß gehalten hat. Ich kann nur den Wunsch unterstützen, vor einem endgültigen Votum die Gremien der Partei zu beteiligen. Dies war immer

---

53 Barzel hielt sich am 13. August 1970 in Berlin auf, vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 14. August 1970; „Hellweger Anzeiger“ vom 14. August 1970 „Barzel: In Berlin ist noch nichts von einer Entspannung zu sehen“.

mein Wunsch. Und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich von mir aus nochmals sage: Wir wußten, am Freitag kommen die wieder. Daraufhin bin ich Donnerstagabend zum Parteivorsitzenden gegangen. Wir wußten beide nichts. Wir haben dann die verschiedenen Möglichkeiten durchgespielt und versucht, eine Politik zu entwickeln. Wir waren uns in der Politik völlig einig bereits am Donnerstagabend und haben dann uns Sonntagnacht ja ziemlich schnell gefunden in der Parteipräsidiumssitzung<sup>54</sup>, die auf meine Anregung vor dem Fraktionsvorstand tagte, weil ich gerne möchte, daß das ganz integriert zusammengeht, weil das wirklich vernünftiger und besser ist. Ich habe im Parteipräsidium so oft gesagt und möchte es auch hier noch einmal im Vorstand sagen, daß es für uns, die ständig in Verbindung stehen mit der Bundestagsfraktion und der Führung, es unendlich wichtig ist, solche Gremien zu haben, wo nicht Betriebsblinde, die ständig sowieso miteinander verkehren, da sind, sondern eben auch ein paar Freunde aus der Landespolitik, Landesvorsitzende und Nichtparlamentarier. Dies wird so bleiben, und ich darf hinzufügen, daß ich auch, bevor die Parteigremien Sonntagnacht getagt haben, natürlich mich abgestimmt habe mit einigen wichtigen Kollegen der Bundestagsfraktion und der Partei – ich will sie nicht nennen. Ich will nur einen nennen, nämlich den Vorsitzenden der CSU, den Kollegen Franz Josef Strauß.

*Heck:* Zum Thema der Information unserer Partei: Es ist gar kein Zweifel, daß hier ein kräftiger Nachholbedarf vorhanden ist, und zwar deswegen, wir haben in fairer Weise einen Burgfrieden angeboten<sup>55</sup>, um die Verhandlungen in Moskau nicht zu stören. Dies hat die Bundesregierung und das Presse- und Informationsamt für eine ausgesprochen infame Informationspolitik ausgenutzt und mißbraucht. Deswegen müssen wir eine groß angelegte Aktion zur Information unserer Mitglieder durchführen. Ich möchte von vornherein betonen, wir müssen bei dieser Informations- und Aufklärungsaktion vermeiden, als ob das eine große Anti-Demonstration sein soll. Das ist nicht ganz einfach. Wichtig scheint mir dabei folgendes zu sein: Wir müssen gleichgewichtig unseren Leuten auf der einen Seite sagen, was wir darunter verstehen, wenn wir sagen, entscheidende Bedenken bestehen nach wie vor fort. Aber der noch schwierigere und mindestens gleichgewichtige Teil muß der sein, daß wir unserer Partei und unseren Wählern auch sagen, warum wir unsere Entscheidung offenhalten. Das muß begründet werden. Hier entsteht ein bißchen der Eindruck, als ob wir nur taktieren würden in der Sache. Das wird das Kernstück sein. Aber daran angereicht werden muß:

1. Eine Aufklärung der Bevölkerung, wie diese Regierung die deutsche Öffentlichkeit hinters Licht geführt hat. Es gibt drei ganz klare Fälle, wo diese Regierung im Parlament durch ihren Sprecher, durch den Außenminister, falsche Aussagen gemacht

---

54 Sitzung des Parteipräsidiums am 9. August 1970 (Protokoll in ACDP 07–001–1403).

55 Kiesinger sagte auf einer Pressekonferenz am 24. Juli 1970, daß „die CDU nicht beabsichtigt, während der Verhandlungen des Außenministers ein Störfeld zu unterhalten.“ (ACDP 01–226–316; MEISSNER S. 1250f., hier S. 1250). Zur Reaktion der Bundesregierung vgl. die Stellungnahme Rüdiger von Wechmars (BULLETIN Nr. 109 vom 17. August 1970 S. 1140) sowie SPD-Pressedienst vom 30. Juli 1970 „Was eigentlich ist ‚Burgfrieden‘?“.

hat, die er dann selber dementiert hat.<sup>56</sup> Wir können also den Außenminister gegen die Regierung zitieren. Das muß unserer Partei an die Hand gegeben werden, damit unsere Leute auch diskutieren können.

2. Mir scheint es auch nützlich zu sein, unseren Leuten in einer kurzen und gedrängten Darstellung die Zusammenhänge zu zeigen und vor allem darauf hinzuweisen, daß die Initiative zu dieser Gewaltverzichtspolitik ja von einer CDU-Regierung unter dem Kanzler Erhard und Außenminister Schröder eingeleitet worden ist. Und wir müssen auch unseren Leuten und der Öffentlichkeit sagen, wie dann die Sowjetunion im Gegenzug ihr Konzept beraten und beschlossen hat. Für jeden ist es überraschend, wenn man ihm darlegt, daß mindestens zwei Drittel des Textes dieses Vertrages bereits in den Reden und im Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei im Art. 67 enthalten sind.<sup>57</sup> Das ist ein ganz zweckmäßiger Kommentar zum Thema Bahr-Papier. Und daß muß in diese Information auch miteinbezogen werden.

3. Dann muß sorgfältig überlegt werden, damit es keine Mißverständnisse gibt, was wir von dem konkret sagen, was wir fordern. Das müssen wir miteinander besprechen. Und dann meine ich, sollten wir unsere Leute auch darüber informieren, was wir jetzt an Stimmen aus Polen bekommen. Es gibt Reden von Breschnew, die einfach überhaupt nicht anders zu interpretieren sind.<sup>58</sup> Er sagt: „Diese Politik, durch die wir mit diesem Vertrag einen großen Schritt vorwärtsgekommen sind, die ist konzipiert worden in unseren gemeinsamen Beratungen.“ Das steht ganz klar da. Das kann man gar nicht interpretieren – das ist Bukarest, das ist Karlsbad. Das müssen wir auch sagen.

Ich möchte noch auf eine sehr schwierige Sache eingehen, die hier eben angeklungen ist. Das ganze macht natürlich immer so den Eindruck – es gibt sechs Punkte, und dann steht einer auf, ja, was werdet ihr denn tun, wenn? Die Leute wollen im Grunde wissen, werden wir am Schluß zustimmen oder werden wir nicht zustimmen. Und hier muß man dann sagen, in dem Vertrag sind die Dinge so und so interpretiert worden. Die Regierung interpretiert nach der einen Seite. Wir melden unsere Bedenken an. Die Interpretationen der Regierung werden von der Regierung zunächst nicht durch

---

56 Vgl. Kleine Anfrage der der CDU/CSU-Fraktion vom 29. September 1970 betr. Moskauer Vertrag (BT-Drs. VI/1199).

57 Hier handelt es sich wahrscheinlich um einen Übertragungsfehler. – Gemeint sind wohl die Memoranden, mit denen die Sowjetregierung 1967 auf den Vorschlag der Bundesregierung zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen reagierte (vgl. AAPD 1970 Dok. 46 Anm. 6, Dok. 224, 347 Anm. 2, Dok. 356; Memorandum der Sowjetregierung vom 21. November 1967 in DzD V/1 S. 2048f.; Erklärung der Sowjetregierung vom 8. Dezember 1967 in DzD V/1 S. 2173–2179; vgl. auch die Zusammenstellung der Erklärungen beider Regierungen zum Thema Gewaltverzicht: In: Die Politik des Gewaltverzichts. Eine Dokumentation der deutschen und sowjetischen Erklärungen zum Gewaltverzicht 1949 bis Juli 1968. Veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1968).

58 Zu Karlsbad vgl. Nr. 7 Anm. 97. – Vom 4. bis 6. Juli 1966 fand in Bukarest eine Tagung des Politischen Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes statt, vgl. MEHNERT; Sicherheitskonferenz in Europa Dok. 293. – Breschnew sagte in einer Rede in Alma Ata am 28. August 1970: „Diese einheitliche Politik haben wir gemeinsam mit unseren Freunden und Verbündeten ausgearbeitet, und wir verwirklichen sie koordiniert mit ihnen, im engen Kontakt miteinander“ (MEISSNER S. 1296).

Argumente gestützt, sondern durch den Hinweis auf Gespräche, auf Verhandlungen, auf Zusicherungen. Die müssen in Protokollen festgehalten werden. Und dann wird man auch sehen müssen, wie die Sowjetunion sich bei den Berlin-Verhandlungen verhalten wird.<sup>59</sup> Dr. Barzel hat ja sehr deutlich hingewiesen auf die zwei Punkte, zu denen die Sowjets bei der Anerkennung der Realitäten verpflichtet wären. Das wird man sehen. Es wird deutlich werden, was bei den Verhandlungen zwischen uns und der DDR sich bewegt. Und hier haben wir ja zwei Punkte, wo der Regierungschef sich selber gebunden hat, daß das Voraussetzung wäre. Aber das ganze geht ja weiter.

Der große Ertrag der Reise von Dr. Barzel ist ja, daß er von Paris, London und Washington den klaren Eindruck mitgebracht hat, daß man dort – wenn ich ihn richtig verstanden habe – in Sachen politische Union, politische Zusammenarbeit Europas ein bißchen anders denkt, wie noch zu der Zeit, als Herr Pompidou seinen Besuch hier gemacht hat.<sup>60</sup> Und das zweite ist, daß auch von Washington her das Sicherheitsthema mit der NATO ins Spiel kommt. Ich bin der Auffassung, das sind so viele Bereiche, daß, wenn diese Regierung in all diesen Bereichen mit uns ziehen würde und die Sowjetunion das hinnehmen würde, dann müßte ich sagen, da werden meine Bedenken eigentlich ausmanövriert, denn es scheint doch so zu sein, daß die Sowjetunion in der Tat umstellen will. Aber ich bin im Moment nicht in der Lage, diese Dinge, auch wenn sie mit Ungeduld von uns erfragt werden, etwa so zu beantworten, daß wir sagen, ja-wohl, wenn das alles gemacht wird, dann ist das ganz klar. Das fordert auch, glaube ich, niemand von uns.

Wir werden für diese Informations- und Aufklärungsaktion die Materialien ausarbeiten. Das ist gedacht als Gegensatz zu der Broschüre der SPD.<sup>61</sup> Aber damit wird es nicht getan sein. Ich meine, es ist schon die Stunde gekommen, wo diese Partei draußen in den Kreis- und Ortsverbänden antreten muß und aufklären muß, weil sonst wirklich die Gefahr besteht, daß wir in unserer Handlungsfreiheit ein bißchen eingeschränkt werden dadurch, daß die öffentliche Meinung uns davonläuft.

---

59 Die Gespräche der Botschafter der Vier Mächte begannen am 26. März 1970 im ehemaligen alliierten Kontrollratsgebäude in West-Berlin, die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin erfolgte am 3. September 1971 (AdG 1971 S. 16498–16502). Originaltext, begleitende Dokumente und Erläuterungen in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Das Viermächteabkommen über Berlin vom 3. September 1971. Bonn 1971.

60 Pompidou hielt sich am 3./4. Juli 1970 im Rahmen von Konsultationsgesprächen in Bonn auf, vgl. AdG 1970 S. 15577–15579; AAPD 1970 Dok. 291 und 293.

61 Im August 1970 gab der Vorstand der SPD ein Heft mit dem Titel „Ost- und Deutschlandpolitik. Der Deutsch-Sowjetische Vertrag. Ein wichtiger Schritt zu einer europäischen Friedensordnung“ (Reihe Außenpolitik/Heft 1) heraus, vgl. ACDP Dokumentation 0/071/01/UdSSR/C/SPD. – Die CDU-Bundesgeschäftsstelle publizierte im Oktober 1970 die „Dokumentation zum Vertrag vom 12. August zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Rahmen der sowjetischen Deutschland- und Europapolitik seit 1966“, vgl. ACDP Dokumentation 0/071/01/UdSSR/C/CDU. In der Bundesausschußsitzung am 2. Oktober 1970 informierte Generalsekretär Heck über die geplante Informations- und Aufklärungsaktion der CDU, vgl. Sitzungsprotokoll in ACDP 07–001–604.

*Stoltenberg:* Erstens, zu der Frage, wie wir uns als Partei äußern: Ich finde, man kann doch folgende Grundformulierung finden bei allen Nuancen, die wir hier aufgespürt haben. Wir haben in der Präzisierung der ernstesten Bedenken – unsere erste Stellungnahme vom 26. August<sup>62</sup> – fünf Punkte genannt, in denen eine kritische Distanz und grundsätzliche Einwände gegen diesen Vertrag zum Ausdruck kommen. Das ist der Sinn unseres einstimmigen Beschlusses mit der Fraktion der CDU/CSU, auch die gemeinsame Formel mit der CSU.<sup>63</sup> Man muß dann hinzufügen, daß die noch ausstehenden Verhandlungen und Klärungen, die die innerdeutschen Verhältnisse und Berlin betreffen, entscheidende Verbesserungen ergeben müssen, um von dieser kritischen Distanzierung her zu einer Überprüfung des Positiven und Negativen zu kommen. So muß man unsere einstimmig beschlossenen Texte interpretieren.

Zweitens: Ich würde es für sehr gut halten, wenn wir in der Tat auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse – Präsidium/Fraktionsvorstand – einige entscheidende Interpretationen unter Einbeziehung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Fraktion sehr bald [als] eine ganz breit gestreute Information über unsere Verteiler an unsere Mitglieder vornehmen, die sie instand setzt, mit der gleichen Klarheit in der Aussage zu argumentieren. Was ich für die öffentliche Meinung für ganz wichtig erachte, ist, daß wir auch die Frage der gesellschaftspolitischen Komponente mit aufnehmen. Sie haben ja schon in einer Stellungnahme das kaum publizierte Interview von Wehner kritisiert.<sup>64</sup> Das Interessante ist nicht dieses Schlußkommuniqué, sondern das ist das Interview, das Wehner in seiner Parteizeitung gegeben hat und das die Presse ganz unterschlagen hat, wo es also heißt, es gehe um die schrittweise Überwindung der Vorurteile, die von früher bei den Sozialdemokraten über die Kommunisten und bei den Kommunisten über die Sozialdemokraten bestehen. Das ist die Äußerung von Herrn Wehner, die viele nicht kennen werden. Und ich schlage vor, daß diese Äußerung von Wehner in Verbindung mit dem Schlußkommuniqué mit einer massiven kritischen Darstellung in irgendeinem Pressedienst unserer Partei herausgestellt wird und die SPD aufgefordert wird, sich dazu zu äußern, weil das ein Bruch in ihrer bisherigen Argumentation ist. Das müssen wir ins öffentliche Bewußtsein bringen, weil das natürlich eine ganz neue Komponente ist.

*Göb:* 1. Zunächst darf ich sagen, daß es nicht darum geht, den Gesamtablauf der Sitzung in eine Stellungnahme hineinzubringen, sondern daß wir für die Wirtschaftspolitik und die Verschiebung des Parteitages gesonderte Stellungnahmen haben.

2. Nach dem Ergebnis dieser Sitzung soll davon ausgegangen werden, daß wir nicht noch einmal in der Substanz unsere Stellungnahme darstellen, sondern nur das, was bisher gemacht wurde, bestätigen und dabei auch den Bericht des Fraktionsvorsitzenden in die westlichen Hauptstädte zustimmend bekräftigen.

---

62 Vgl. die Presseerklärung der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum Präsidiumsbeschluß vom 26. August 1970 (ACDP Dokumentation 0/071/01/UdSSR/C/CDU).

63 Vgl. Anm. 21.

64 Interview von Herbert Wehner mit der jugoslawischen Zeitschrift Politik „Politika“ am 31. August 1970, vgl. Anm. 41. Das Interview wurde in Auszügen am 11. September 1970 an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion verteilt.

Daraus ergibt sich dann ein etwas nüchternes Kommuniqué: „Der Bundesvorstand der CDU tagte heute in Bonn unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Dr. Kiesinger. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Deutschland- und Ostpolitik. Die Berichte des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel wurden vom Parteivorstand zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis der Reise Dr. Barzels in die westlichen Hauptstädte fand die Zustimmung des Parteivorstandes. Der Parteivorstand bestätigte die Erklärung des Parteipräsidiums und des Fraktionsvorstandes vom 9. und 10. August und die Erklärung des Parteipräsidiums vom 26. August 1970.“<sup>65</sup>

*Der vorgeschlagene Wortlaut des Kommuniqués wird einstimmig beschlossen.*

*Barzel:* Sollte wider mein Erwarten in dem morgigen Gespräch<sup>66</sup> sich eine Tendenz durchsetzen, die es mir fraglich erscheinen läßt, daß man überhaupt in die Gespräche weiter eintreten soll, dann möchte ich im Hinblick auf die Debatte hier unter Beteiligung der Partei doch davon ausgehen, daß ich, bevor ich mit der Fraktion am Montag/Dienstag die gegebenen Möglichkeiten berate<sup>67</sup>, eine Übereinstimmung mit der Partei herbeiführe, denn das möchte ich nicht alleine tragen.

*Kiesinger:* Das bedeutet auf alle Fälle eine Abstimmung mit dem Parteipräsidium und dem Fraktionsvorstand.<sup>68</sup> Nach dem Ergebnis der heutigen Debatte glaube ich, daß es nicht notwendig sein wird, deswegen erneut den Parteivorstand einzuberufen. (*Einspruch dagegen von Herrn Dr. Dregger, Herrn Katzer und Herrn Echternach.*) Wir sind uns also darüber einig, Sie überlassen es unserem gewissenhaften Ermessen, ob in einem solchen Falle der Vorstand einberufen wird oder nicht.

*Kraske:* Es ist ein sehr nützlicher Beitrag zur Konjunkturpolitik hier verteilt worden. Wenn wir den in die Presse bringen wollen, was ich für sehr nützlich halte, dann bitte ich das noch zu verabschieden. Folgende Erklärung wurde formuliert:

„Zur gegenwärtigen Konjunkturlage erklärte der Bundesvorstand der CDU auf seiner Sitzung vom 8. September 1970: Die steuerpolitischen Dämpfungsmaßnahmen vom Juli dieses Jahres haben sich bis heute nicht ausgewirkt. Das unzureichende Programm der Linkskoalition konnte die konjunkturellen Impulse, die vom beträchtlich gestiegenen staatlichen und privaten Verbrauch ausgehen, nicht abfangen. Die jüngsten Daten zur Preisentwicklung bestätigen das. So sind die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte im August um 4,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Die Nachfrageerhöhungen im Herbst werden vermutlich das Preisniveau noch weiter ansteigen lassen, zumal die Preiserhöhungstendenzen bei Dienstleistungen, Nahrungsmitteln und Industriegütern weiter anhalten. Besorgniserregend ist vor allem die Entwicklung bei den Baupreisen, die in den Ballungsräumen um teilweise 30 und mehr

---

65 Kommuniqué in DUD Nr. 171 vom 9. September 1970.

66 Gespräch Barzels mit Brandt in Anwesenheit von Stücklen und Moersch (GRAU S. 123).

67 Protokoll der Fraktionssitzung vom 15. September 1970 in ACDP 08-001-1023/1.

68 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 14. September 1970 in ACDP 07-001-1403.

Prozent über dem Vorjahr liegen und zunehmend auf die Mieten durchschlagen. Um so unverantwortlicher muß daher die Haltung der Bundesregierung anmuten, deren Kabinettsbeschluß für Mietfragen lediglich ein Minimalprogramm zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung vorgelegt hat<sup>69</sup>, ohne die eigentlichen Ursachen für die Entwicklung zu beseitigen.

Die CDU fordert die Bundesregierung mit Nachdruck auf, eine Politik der wirtschaftlichen Stabilität zu betreiben: Erster Schritt auf diesem Wege muß die Rückkehr zu einer stabilitätsgerechten Finanz- und Haushaltspolitik sein. Eine Steigerung des Bundeshaushalts 1971 um 12 und mehr Prozent ist konjunkturpolitisch nicht zu verantworten. Die derzeitige Lage erfordert eine flexiblere Haushaltsgestaltung, die Trennung in einen Kern- und Eventualhaushalt bei gleichzeitigem Abbau der vorgesehenen Ausgabensteigerungen. Nur auf dieser soliden Grundlage sind echte innere Reformen durchführbar. Daneben erscheint es besonders dringlich, die Finanzplanung und die darin vorgesehene Neuverschuldung so zu revidieren, daß nicht neue inflatorische Prozesse heraufbeschworen werden. Dazu gehört auch ein klärendes Wort der Bundesregierung zur zukünftigen Steuerpolitik und zur Steuerlastquote.“

#### VORBEREITUNG EINER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES

*Heck:* Für die Parteiausschußsitzung steht an, daß eine Reihe von Anträgen des Parteitages vom Parteiausschuß entweder als erledigt erklärt werden oder erledigt werden müssen. Wir können natürlich jetzt den Parteiausschuß nicht einberufen und ihn nur auf diese normalen Dinge beschränken, sondern die Sitzung muß so terminiert werden, daß der Parteiausschuß zum Thema deutsch-sowjetischer Vertrag ein Votum abgibt. Wenn wir ihn zusammenrufen, kommen wir an einer breiten Diskussion in dieser Sache ohnehin nicht vorbei.<sup>70</sup> Der Parteiausschuß muß ohnedies in der Funktion, die ihm nach dem Statut zusteht, auch angesprochen werden. Er ist in der Tat die Stellvertretung des Parteitages. Infolgedessen muß man ihm etwas zur Entscheidung geben.

Wir sind in einer etwas schwierigen Lage gegenüber dem Parteiausschuß. Wir haben ihn vertagt wegen der Entwicklung in der Fraktion. Wir hätten ihn natürlich trotzdem einberufen können. Aber das ist nicht so einfach. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß durch das Hin und Her – man muß im Bundesrat sein, man muß im Plenum sein – die Mitglieder des Parteiausschusses, die hier einmal herkommen, doch außerordentlich enttäuscht sind, wie sie behandelt werden. Wir müßten eigentlich zwei Sitzungen haben. Wir haben außer diesen Erledigungen von Anträgen noch Satzungen zu

---

69 Zur Erläuterung des Kabinettsbeschlusses vom 27. August 1970 vgl. BULLETIN Nr. 116 vom 1. September 1970 S. 1209f.; „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. August 1970 „Im Teufelskreis der Mieten“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 28. August 1970 „Im Kabinett fehlten die Gesetzestexte“.

70 Die Ostpolitik wurde von Kiesinger und Barzel in der Bundesausschußsitzung am 2. Oktober und am 17. Dezember 1970 thematisiert (Protokolle in ACDP 07–001–604, –605).

genehmigen für die Mittelstandsvereinigung, Sozialausschüsse und Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.<sup>71</sup>

Außerdem hat die Wirtschaftsvereinigung sich bemüht, in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Barth, dem Vorsitzenden des Parteigerichts, und Herrn Staatssekretär a. D. Gumbel eine Satzung vorzulegen und auszuarbeiten, die mit dem Parteigesetz und mit den Parteistatuten in Einklang steht. Der Vorsitzende des Parteigerichts, Herr Dr. Barth, hat gegenüber dem Entwurf seine Bedenken aufrechterhalten. Wir haben unseren Justitiar<sup>72</sup> zu Rate gezogen, und er hat mir vor wenigen Tagen eine Vorlage gemacht, in der er an drei Punkten darauf hinweist, daß nach seiner Auffassung dieses Statut mit dem Parteigesetz und mit den Parteistatuten nicht in Einklang steht. Ich habe daraufhin das Statut mit einem entsprechenden Schreiben an den Vorsitzenden des Wirtschaftsrats zurückgeschickt und ihn gebeten, unter größtmöglicher Beschleunigung dafür zu sorgen, daß endlich ein Entwurf vorgelegt wird, der zunächst einmal mit dem Parteigesetz und dem Parteistatut in Einklang ist. Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann also das bis zur nächsten Sitzung des Parteiausschusses voraussichtlich erledigt werden.

Herr *Lorenz* schlägt vor, den Parteiausschuß, wenn man ihm die gebührende Bedeutung geben und nicht durch Plenarsitzungen usw. gestört werden will, außerhalb Bonns, z. B. nach Frankfurt einzuberufen.

Generalsekretär Dr. *Heck* schlägt vor: Nächste Sitzung des Parteiausschusses Ende September/Anfang Oktober in Frankfurt.

Herr *Katzer* bittet dringend darum, die Frage der Satzung des Wirtschaftsrates unbedingt noch vor dem Parteitag in Düsseldorf zu klären, damit man sich auf dem Parteitag neben der Mitbestimmungsfrage nicht auch darüber noch unterhalten muß.

Dr. *Stoltenberg* schlägt vor, den Herrn Generalsekretär zu bitten, in einer gemeinsamen Besprechung mit den Herren des Geschäftsführenden Vorstandes des Wirtschaftsrates, Herrn von Bismarck, und dem einen oder anderen der Wirtschaftsvereinigung und des Mittelstandskreises sowie dem Vorsitzenden des Satzungsausschusses und dem Justitiar die Texte zu besprechen und eine Lösung zu suchen, die a) dem Ziel entspricht und b) den juristischen Forderungen entspricht. Über das Ergebnis sollte dann im Präsidium und Vorstand berichtet werden.

*Schwarz-Schilling*: Ich möchte zunächst einmal sagen, daß nach dem letzten Stand

---

71 Nur die Satzung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge wurde von der Bundesausschußsitzung am 2. Oktober 1970 genehmigt (Protokoll in ACDP 07-001-604). Die Satzungen der Sozialausschüsse und der Mittelstandsvereinigung wurden vom Bundesausschuß am 17. Dezember 1970 gebilligt (Protokoll in ACDP 07-001-605).

72 Peter Scheib (geb. 1935), Jurist; 1968 Eintritt in die CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1968-2000 Justitiar der CDU, 1968-2000 Geschäftsführer des Bundesparteigerichts. - Ausarbeitung Scheibs vom 7. September 1970 in ACDP 07-001 AO Bilke unverzeichnet. In der Bundesausschußsitzung am 17. Dezember 1970 wurde nur der Entwurf einer Satzung der Wirtschaftsvereinigung der CDU mit Mehrheit genehmigt, vgl. Protokoll der Sitzung in ACDP 07-001-605. Zum weiteren Verlauf der Debatte vgl. den Vermerk von Scheib vom 20. April 1971 in ACDP Dokumentation 2/201/302-2.

im Wirtschaftsrat davon ausgegangen worden ist, daß die Bedenken, die damals in der Besprechung von Herrn Gumbel vorgetragen worden sind, ausgeräumt worden sind.

Dann möchte ich aber an Herrn Katzer folgende Frage richten: Ich verstehe eines nicht. Wenn die Sozialausschüsse ein Interesse daran haben, daß der Status dieser Vereinigung nunmehr da ist und entsprechend juristisch untermauert wird und keine Bedenken mehr vorhanden sind, warum dann gerade von dieser Seite aus die Schwierigkeiten gemacht werden, wenn entsprechende Gespräche vorgeschlagen oder vorbereitet werden. Man sollte doch einmal ganz offen darüber sprechen. Ich habe etwas den Eindruck, daß es nicht nur um juristische Fragen geht, sondern um politische Fragen. Denn wenn Sie, Herr Katzer, Gespräche mit Herren des Wirtschaftsrates ablehnen, weil der Status der Vereinigung nicht geklärt ist, dann ist es doch ganz sichtbar, daß damit auch politische Fragen angesprochen werden und die Frage, ob Sie diesen Status der Vereinigung überhaupt wollen. Wenn Sie ihn nicht wollen, dann wäre ich Ihnen doch sehr dankbar, das einmal zu sagen, denn dann müßte man sich tatsächlich etwas anderes überlegen.

*Katzer:* Ich habe mich gegen die Installierung des Wirtschaftsrates der CDU e. V. gewehrt und als einziger vom Bundesvorstand unter Adenauer dagegen gestimmt, weil ich gesagt habe, das gibt große Unordnung.<sup>73</sup> Wir haben eine Satzung. In der Satzung sind verankert: Frauenvereinigung, Junge Union, Sozialausschüsse, Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsvereinigung, Kommunalpolitische Vereinigung, Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und sonst nichts. Und wenn wir das ändern wollen, dann muß auf dem Parteitag die Satzung geändert werden, daß eine solche Vereinigung noch dazukommt.

Ich bin interessiert daran, daß die Sozialausschüsse einen möglichst starken Gesprächspartner haben aus der Wirtschaft. Am liebsten ist es mir, wenn es einer ist, denn wenn es zwei sind, ist das nicht schön, weil das unsere Zeit kostet. Für die Sozialausschüsse ist es notwendig, erstens, daß wir einen Partner haben, zweitens, daß dieser Partner die gleichen Rechte und Pflichten hat wie wir, den Status der Vereinigung, und drittens, daß der Verein sich nicht nennt „Wirtschaftsrat der CDU“, ohne mit allen Rechten und Pflichten in die Struktur der CDU eingebaut zu sein. Das ist das Problem. Mir geht es um eine klare, saubere Gliederung und eine politische Entscheidung in der Sache, wie Dr. Heck das ganz richtig bemerkt hat. Hier will man mit juristischen Mitteln eine politische Entscheidung umgehen.

*Heck:* Ich kann nur noch einmal wiederholen. Im Augenblick ist die Sache auf dem Wege zurück zum Wirtschaftsrat. Ihm ist mitgeteilt worden *expressis verbis*, welche juristischen Bedenken bestehen, und [er] ist gebeten worden, diese zu berücksichtigen. Die politische Debatte wird ja ohnedies noch stattfinden. Eines muß ich dazu natürlich sagen: Einmal ist von der Partei der Wirtschaftsrat beschlossen worden, so wie er jetzt ist. Wir haben einen Parteitagsbeschluß, und zwar in die Statuten eingebaut, aus dem

---

<sup>73</sup> Katzer erläuterte in der Sitzung des Bundesvorstands am 25. Februar 1964 seine Bedenken „gegen die Form und die Verfahrensweise“ der Gründung des Wirtschaftsrates, vgl. PROTOKOLLE 4 S. 673–675, hier S. 674.

an sich klar hervorgeht, daß der Parteitag eine Wirtschaftsvereinigung haben wollte.<sup>74</sup> Wenn der Wirtschaftsrat eine Vereinigung wird wie die Junge Union oder die Sozialausschüsse, dann besteht die Möglichkeit nicht, daß er Spenden kassieren kann, die steuerfrei sind.

*Es folgt eine erregte, jedoch ergebnislose Debatte zwischen den Herren Dr. Dregger, Dr. Blüm, Katzer, Dr. Kraske, Adorno und Dr. Scheufelen.*

#### VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHLEN HESSEN

*Heck:* Zum Problem des Einsatzes von Bundesrednern ergeht Bitte an das Land Hessen und das Land Bayern, das Unter-der-Hand-Einkaufen von Bundesrednern zu unterlassen, da sonst eine Organisation des Einsatzes durch die Bundesgeschäftsstelle nicht möglich ist. Die vorgesehenen Redner sind bereits angeschrieben, das Echo darauf ist bisher jedoch sehr begrenzt.

Dr. *Barzel* regt an, a) den „grauen Markt“ beim Rednereinsatz zu unterbinden, weil es passiert ist, daß an drei Tagen hintereinander prominente Spitzenredner im selben Kreis aufgetreten sind, b) daß in dem Augenblick, wo sich jemand verpflichtet, einen Einsatz als Bundesredner zu übernehmen, sich das Engagement der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgeschäftsstelle auch auf die Durchführung der Veranstaltung erstreckt und die Verantwortung dafür nicht allein der zuständigen Ortspartei überlassen bleibt.

Dr. *Dregger* regt an, die Behandlung des Themas Mitbestimmung aus dem Wahlkampf auszuklammern und bis nach dem Wahltermin am 8. November 1970 zu verschieben.

Generalsekretär Dr. *Heck* hält das wegen der dann nur noch verbleibenden kurzen Beratungszeitpanne bis zum Programmparteitag im Januar 1971 für ausgeschlossen.

*Man einigt sich dahingehend, daß zunächst einmal das Ergebnis der Sitzung der Programmkommission am 10. September 1970 abgewartet werden solle.*<sup>75</sup>

---

<sup>74</sup> Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1364–1370, 1502–1506.

<sup>75</sup> Protokoll der Sitzung nicht zu ermitteln. – Der Programmkommission unter Leitung von Helmut Kohl lagen zwei Entwürfe der Arbeitsgruppe Mitbestimmung (Leitung Thomas Ruf) vor: das Modell der Biedenkopf-Kommission und das der Sozialausschüsse. Zu einer Entscheidung kam es nicht, sondern erst in der nächsten Sitzung vom 30. September 1970 („Bonner Rundschau“ vom 11. September 1970 „Die CDU feilt an ihrem Mitbestimmungsplan“; „Die Welt“ vom 12. September 1970 „Katzers Modell kein gangbarer Weg“).

VERSCHIEDENES

Generalsekretär Dr. Heck berichtet über den Verlauf der Bemühungen des Bundeskanzlers Brandt, in dem gegen ihn eingeleiteten Rechtsstreit wegen seiner Behauptung, die CDU habe die Absicht gehabt, vor der Landtagswahl am 14. Juni wilde Streiks zu provozieren, zu einem Vergleich zu kommen.<sup>76</sup> Das Ergebnis mehrerer Gespräche zwischen Herrn Rasner und Herrn Ehmke sah wie folgt aus:

Vergleich auf folgender Ebene:

1. Der Bundeskanzler hat sich überzeugt, daß es nicht in der Absicht der CDU-Führung lag, vor den Landtagswahlen am 14. Juni 1970 wilde Streiks zu provozieren. Er nimmt infolgedessen seine diesbezüglichen Behauptungen aus der Bielefelder Rede zurück.
2. Die CDU sollte erklären: Der CDU-Vorstand hat sich davon überzeugt, daß es nicht in der Absicht des Bundeskanzlers lag, die CDU zu diffamieren. Er nimmt deshalb die seinerzeit gegen den Bundeskanzler in dieser Sache erhobenen Vorwürfe zurück.
3. Die Parteien erklären den Rechtsstreit für erledigt.
4. Für die Kostenfrage wurde in Aussicht genommen, daß jede Partei ihre außergerichtlichen Kosten trägt und die Gerichtskosten je zur Hälfte.

Dr. Heck hat durch Herrn Rasner eine Übernahme der Hälfte der Gerichtskosten abgelehnt. Daraufhin hat Herr Ehmke um ein Gespräch mit Herrn Dr. Heck gebeten, das folgendes Ergebnis hatte.

Ziffer 1 wurde wie folgt konzipiert: Der Bundeskanzler hat sich überzeugt, daß die Führung der Union nicht versucht hat, vor den Landtagswahlen am 14. Juni 1970 führende Männer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie dahin zu bringen, wilde Streiks zu provozieren. Er nimmt daher seine diesbezüglichen Behauptungen zurück.

Zu Ziffer 2 erklärte Herr Dr. Heck, daß darin eine Unlogik liege, denn der CDU-Vorstand habe keine Vorwürfe gegen den Bundeskanzler erhoben, sondern einzelne Mitglieder der Fraktion der CDU. Der Vorstand könne daher nicht Vorwürfe zurücknehmen, die er gar nicht erhoben habe. Eine Einigung darüber konnte nicht erzielt werden, und die SPD bestand darauf, daß das so bleibe.

Eine Aufteilung der Gerichtskosten lehnte Herr Dr. Heck abermals ab. Herr Ehmke schlug vor, daß der Bundeskanzler erkläre, daß die Initiative zu einem Vergleich von ihm ausgegangen sei, so daß dadurch sein Interesse an einem Vergleich sichtbar würde.

Der Bundesvorstand stimmt dem von Dr. Heck vorgetragene Vorschlag zu: Ziffer 1: Wortlaut Dr. Heck; Ziffer 2: streichen; Ziffer 3: bleibt; Ziffer 4: Ablehnung der Übernahme der Hälfte der Gerichtskosten.

---

<sup>76</sup> Vgl. „Die Welt“ vom 7. August 1970 „SPD sucht Vergleich mit der CDU über den Brandt-Vorwurf“. Vermerke Rasners dazu in ACDP 08-001-455/1.

Generalsekretär Dr. Heck teilt mit: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat 18 führende Politiker der CDU/CSU eingeladen, in einer „Aktion Dialog“ jeweils gegen einen führenden Politiker der Regierungskoalition vor geschlossenem Kreis über die Ostpolitik zu diskutieren.<sup>77</sup>

Herr von Hassel schlägt vor, daß das Präsidium zu diesem Vorschlag einen Beschluß faßt: Entweder volle Unterstützung oder Distanzierung.

*Entgegen der ablehnenden Meinung von Herrn Dr. Heck setzt sich im Vorstand allgemein der Trend zur Teilnahme durch.*

Dr. Barzel schlägt vor, daß die CDU-Politiker ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Vorstandssitzung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland erklären, wobei die Frage erörtert werden könnte, wie das Kuratorium eigentlich dazu kommt, einen solchen Vorschlag zu machen. Wir wären bereit, innerhalb des Kuratoriums zu verhandeln.

Generalsekretär Dr. Heck bittet um die Bestätigung der Wahl der Vorsitzenden für folgende Ausschüsse: Es wurde ein Ausschuß gegründet, der sich damit beschäftigt, wie die CDU in Ballungsräumen arbeiten muß.<sup>78</sup> Vorsitzende: Frau Ruth Beckmann. Im Sportausschuß ist eine Neuwahl notwendig geworden, weil Herr Wörner den Vorsitz niedergelegt hat. Neuer Vorsitzender: Herr Dr. Evers<sup>79</sup>.

*Zustimmung des Vorstands.*

---

77 Die „Aktion Dialog“ wurde auf der Präsidiumssitzung am 21. September 1970 thematisiert (Protokoll in ACDP 07-001-1403). Grundsätzlich wurde eine Zusammenarbeit der CDU mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland befürwortet (Vermerk von Hassels an Heck vom 13. Oktober 1970 in ACDP 07-001-12034). Es wurde beschlossen, Amrehn für den verstorbenen Ernst Lemmer als Mitglied in das Kuratorium zu entsenden; Rüdiger Göb wurde als ständiger Vertreter von Generalsekretär Heck nominiert.

78 Beschlossen wurde die Einsetzung des Ausschusses auf dem Parteitag am 17./18. November 1969 in Mainz, vgl. CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 207 Antrag H/11. Vgl. auch die Unterlagen in ACDP 07-001 AO Bruno Heck BFA 1967-71 unverzeichnet.

79 In der Vorlage: Ebers. – Dr. Hans Evers folgte am 1. Dezember 1969 Manfred Wörner im Vorsitz des Bundesfachausschusses Sport, der sich am 27. Mai 1968 konstituiert hatte, nach. Vgl. den Rechenschaftsbericht von Evers anlässlich der 2. Sportkonferenz am 13. Oktober 1970 in Eichholz in ACDP 01-226-390.